

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mt.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaaltene Postzeitung oder deren Raum 30 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 270.

Freitag, den 16. November 1917.

24. Jahrg.

Zwanzig Jahre.

Am Petersburg tobt der Kampf. Kerenski und die Generale versuchen noch einmal das Glück der Waffen; noch einmal, ob es möglich ist, die Petersburger Arbeiterschaft niederzujagen. Und mit atemloser Spannung wartet die ganze Welt auf den Ausgang des großen Ringens, das für Rußland zwischen Militärdiktatur und proletarischem Demokratie für die ganze Welt über Krieg und Frieden entscheidet wird. Die Zukunft des Erdteils ist heute an das Schicksal der russischen Arbeiterschaft gebunden.

Von Lenin und Trotsky, von Bolschewiki und Menschewiki spricht jetzt alle Welt; von den verschiedenen Richtungen innerhalb der russischen Sozialdemokratie ist jetzt die Rede, wo immer Menschen über Kriegsdauer und Friedensausichten sprechen. Und doch ist die Partei, die heute so mächtig in die Weltgeschichte eingreift, die Partei, von deren Kraft Millionen Menschen ihre Befreiung von Kriegsgreueln und Kriegsnot erhoffen, die jüngste unter den sozialdemokratischen Parteien der Erde. Gestern noch ein Häuflein machtloser, verfolgter, geschmähter Männer und Frauen, von den Schergen der Regierungen von Land zu Land gehetzt; heute eine Macht, vor der die Mächthaber zittern!

Es ist in dieser Stunde, in der die Augen aller Völker dem Entscheidungskampf der russischen Sozialdemokratie zugewendet sind, sehr lehrreich, sich zu erinnern, was diese Partei noch vor zwei Jahrzehnten gewesen ist. Gewiß, auch um 1897 gab es in Rußland schon Sozialdemokraten. Es gab Intellektuelle, die im Ausland gelebt und die Arbeiterbewegung Deutschlands, Englands und Frankreichs studiert hatten, und Studenten, die ihren Marx gelesen hatten. Sie bildeten auch schon kleine Propagandazirkel, die in geheimen Druckereien Flugblätter herstellten und sie bei günstiger Gelegenheit in Fabriken verteilten. Aber, wenn es auch Sozialdemokraten gab, so gab es doch noch keine sozialdemokratische Arbeiterschaft. Studenten und Studierende waren noch die Träger der Bewegung; zu den noch ganz in häuerlicher Denkweise befangenen, des Lesens und Schreibens zumeist noch unkundigen Arbeitern hatte der Sozialismus den Weg noch nicht gefunden. Der Schnaps herrschte in den Arbeitervierteln und neben der blinden Furcht vor der Polizei und dem blinden Glauben an den Gott und die Heiligen der orthodoxen Kirche fand keine Idee in den Köpfen der Arbeiter Raum. Auch die Sozialdemokraten hielten es vor zwei Jahrzehnten noch für ganz unmöglich, die russischen Arbeiter für politische Fragen zu interessieren und zum politischen Kampfe zu gewinnen. Sie beschränkten ihre Tätigkeit darauf, den Arbeitern bei ihren wirtschaftlichen Kämpfen zu helfen und diese wirtschaftlichen Kämpfe zur Aufklärungsarbeit auszunutzen. Gewerkschaften gab es damals in Rußland natürlich nicht. Aber von Zeit zu Zeit, wenn Druck und Ausbeutung in einer Fabrik unerträglich geworden waren, gab es wilde Streiks. In solcher Zeit nahen dann die Sozialdemokraten den Arbeitern. Sie organisierten den Ausstand, formulierten die Lohnforderungen, erzielten sie das Vertrauen der Arbeiter und fanden wohl auch Gelegenheit, den Arbeitern zu erzählen, wie in anderen Ländern die Arbeiter ihre Kämpfe führten. Das war aber alles; die Arbeiter zu organisieren und ihrem Kampfe ein politisches Ziel zu setzen war noch vor zwanzig Jahren in Rußland schlechthin unmöglich. Das hinderte nicht nur die Polizei des Zaren, sondern auch die kulturelle Aneignung der Arbeiter selbst. So beschränkte sich die Tätigkeit der russischen Sozialdemokratie ganz auf die Organisation wirtschaftlicher Kämpfe; man hat später diese Phase ihrer Geschichte die Phase des „Defonomismus“ getauft.

Gerade in den neunziger Jahren aber begann das märchenhaft schnelle Wachstum der russischen Industrie. Die Zahl der Industriearbeiter wuchs überaus schnell; und ein neues Arbeitergeschlecht wuchs heran, das schon durch die Volksschule gegangen war, lesen und schreiben gelernt hatte. Die wirtschaftlichen Kämpfe waren den Arbeitern eine gute Schule; bei jedem Streik sahen sie die ganze Staatsgewalt auf der Seite des Unternehmers und so begannen sie dann zu begreifen, daß der Kampf gegen die Kapitalisten ausichtslos bleibt, solange sich der Staat schützend vor die Kapitalisten stellt. Jetzt erst wagten es fühne Männer, daran zu denken, die russischen Arbeiter zum politischen Kampfe zu erziehen: ihnen nicht mehr nur den Kampf um eine Lohnerhöhung, allenfalls nach dem Kampf um das Koalitionsrecht oder um ein Arbeiterparlament, sondern den großen Kampf um die politische Macht als Ziel zu setzen. Den „Defonomisten“, die an den alten Methoden festhielten, traten die „Politiker“ gegenüber, die Agitatoren der politischen Revolution gegen den Zarismus. Erst 1901 erschien von Maximo Lenin und Samowicz redigiert, die „Iskra“, die die russische Sozialdemokratie recht eigentlich erst zu einer politischen zu einer revolutionären Partei erzog. Aber sie blieb auch noch in den Jahren 1901 bis 1905 eine Partei besonderer Art. Den Kern der Partei bildeten auch damals noch kleine Komitees, die zumeist aus Intelligenzien nicht aus Arbeitern zusammengesetzt waren, und innerhalb dieser Komitees hatten die Führung die „professionellen Revolutionäre“, die, von den Schergen des Zaren gehetzt, heute da morgen dort zu einem Duzend Arbeiter vom So-

zialismus sprachen oder in einer Schnapschenke ein aus dem Ausland eingeschmuggeltes Flugblatt verbreiteten. Die einzelnen Mitglieder dieser Komitees scharten so schon kleine Kreise von Arbeitern um sich. Um den Kern der geheimen Organisation, in der auch damals noch sehr wenige Arbeiter saßen, sammelten sich lose Verbindungen von Proletariern, die mit den Sozialdemokraten schon in geistiger Verbindung standen. Aber eine proletarische Massenpartei ist die russische Sozialdemokratie auch damals noch nicht gewesen.

Dann kam der Russisch-Japanische Krieg und in seinem Gefolge die erste russische Revolution. Auch sie begann langsam als sozialdemokratische Bewegung. Die Arbeiter der Putlow-Werke, die im Januar 1905 in den Ausstand traten, waren keine Sozialdemokraten. Nicht ein Sozialdemokrat, sondern der Pope Gapon führte sie zum Winterpalast des Zaren; nicht um ihr Recht zu fordern, sondern um die Gnade des Herrn zu erbitten, zogen sie mit Zaren- und Heiligenbildern zu dem Siche des Herrschers. Aber als der Zar die Bittenden mit seinen Maschinengewehren empfang, ward der Bittzug zur Revolution. Jetzt begann die große Zeit der russischen Sozialdemokratie! Nun sprach sie nicht zu Duzenden mehr, sondern zu Zehntausenden. Die kleinen Komitees wurden zu riesenhaften Organisationen. Und als im Oktober 1905 der Massenstreik der Arbeiter ganz Rußlands den Zarismus zum erstenmal zur Kapitulation zwang, war die russische Sozialdemokratie eins geworden mit der russischen Arbeiterklasse. Freilich, der Zarismus, im Oktober 1905 besiegt, konnte gar bald wieder triumphieren. Die Revolution wurde niedergeworfen, die sozialdemokratischen Organisationen wurden zersprengt, die sozialdemokratischen Zeitungen unterdrückt, die Führer der Sozialdemokratie gefangen, eingekerkert, nach Sibirien verbannt. Aber in Herzen und Hirnen der russischen Arbeiter lebte die Erinnerung an die großen Tage von 1905, lebte die große Volkstiefe der Sozialdemokratie fort. Und als wiederum der Schlachtenlärm sie weckte, als sie sich erhoben zu ihrer zweiten, größeren Revolution, da begannen sie diese Revolution als Sozialdemokraten. Rote Fahnen zogen den Massen voraus, die im März den Zarismus gestürzt haben, um vorerst die Bourgeoisie in den Sattel zu setzen; rote Fahnen wehten in den Massen, die im November die Bourgeoisie gestürzt haben, um für das Volk selbst die Macht zu erringen.

Vor zwanzig Jahren noch war die russische Sozialdemokratie ein Häuflein Intelligenzien; heute ist sie die Organisation der Millionen russischer Arbeiter. Vor zwanzig Jahren noch kannte der russische Arbeiter kein höheres Kampfziel als eine Lohnerhöhung von ein paar Kopcken, die Sozialdemokraten selbst hielten es für unmöglich, ihn zum Kampf für ein politisches Ziel zu gewinnen. Heute hat die russische Arbeiterklasse die Staatsgewalt in ihre Hand genommen und ihre Vertrauensmänner, von ihr gewählt und aus ihrer Mitte hervorgegangen, führen die Geschäfte des größten Staates Europas. Vor zwanzig Jahren heßten die Polizisten aller Länder die russischen „Schnorrer und Verschwörer“ von Land zu Land; heute wenden, heffend und fürchtend, die Herrschenden aller Länder nach Petersburg ihren Blick und die kriegsmüden Völker erhoffen, daß die sieghafte Kraft der russischen Sozialdemokratie dem größten Kriege der Weltgeschichte endlich Einhalt gebieten wird.

Zwanzig Jahre sind im Leben der Völker eine kurze Frist. Und doch, welche Entwicklung, welsch beispielloses Wachstum in diesen zwanzig Jahren! Wenn wir kleinmütig werden, weil nicht täglich unserer Arbeit Früchte reifen, dann müssen wir uns der Geschichte der russischen Sozialdemokratie erinnern. Sie zeigt uns, wie schnell das Proletariat reift und erstarkt! Die Klasse, die so schnell zu wachsen vermag, hat nichts zu fürchten. Und wenn die Geschichte manchmal stillzustehen, ja zurückzulaufen scheint und wenn die Hindernisse sich noch so hoch türmen: unletzt die Welt trotz alledem!

Die Lage in Rußland.

Infolge des Ausbleibens zuverlässiger Nachrichten aus Rußland ist auch heute noch nicht zu sagen, wie es zurzeit in Rußland steht. Auffällig ist, daß die Petersburger Telegraphenagentur, die doch in den Händen der Maximalisten sein soll, nichts meldet. Auf der anderen Seite aber zeugt das Fehlen jeglicher Nachricht von Kerenski & Co. davon, daß von einem Siege dieser recht zweifelhaften Firma keine Rede sein kann.

Ein finnisches Blatt gibt über die letzten Ereignisse in Petersburg eine zusammenhängende Darstellung. Die entscheidende Wendung zugunsten Kerenskis sei dadurch herbeigeführt worden, daß seine Truppen von der Revolver Garnison im Rücken angegriffen wurden. Dagegen gelte Moskau als für die Leninisten verloren. Riesige Menschenverluste waren dort infolge Maschinengewehrfeuers von den Dähern während des Straßenkampfes eingetreten. Die Lage werde, wie weiter behauptet wird, durch den offenkundigen Gegensatz zwischen Kerenski und Kowtlow bestimmt. Dieser gehe für sich vor. Auch Kaledin verfolge seine eigene Politik,

so daß selbst im Falle eines Sieges über die Leninisten unabsehbare Bruderkämpfe zwischen diesen Dreien zu erwarten wären.

Nach einer Meldung aus Helsingfors ist Lenin nicht nur vollständig Herr in Petersburg, sondern soll auch Gatschina zurückerobert haben.

Die „Agence Havas“ meldet indirekt aus Petersburg: Am Mittwoch früh sind in Petersburg die Truppen Kerenskis einmarschiert, die zu den Bolschewiki übergegangen waren. Von einem Sieg Kerenskis steht in der Havas-Depesche nichts.

„Central News“ meldet, das russische Hauptquartier sei nicht mehr als Kerenski ergeben anzusehen, nachdem die unzufriedenen Generale sich mit Kerenski zu den Truppen bei Gatschina begeben haben. „Daily News“ schreibt, das uferlose Friedensprogramm der Bolschewiki scheine in Rußland Wunder zu wirken. In Haparanda versichere man, daß der russische Verkehrsarbeiterverband, der das Eisenbahnwesen in Rußland vollständig beherrsche, sich schon am Sonnabend den Bolschewiki unterworfen habe.

Lenin hat in der neu erstandenen „Soldateska Rawda“ einen Aufruf erlassen, die konstituierende Versammlung solle trotz der Kriegsergebnisse am 25. November zusammentreten.

Laut „Secolo“ ist der italienische Botschafter in Petersburg angewiesen worden, mit den Bolschewiki formelle Beziehungen anzuknüpfen. Die Botschafter der Entente haben bisher ihre Haltung gegenüber der neuen Regierung noch nicht festgelegt. Sie sind vielmehr auf die Weisungen ihrer Regierungen unter Vorbehalt mit dem Arbeiter- und Soldatenrat in Verhandlungen getreten.

Aus diesen Meldungen wäre zu schließen, daß die Maximalisten die Herrschaft behauptet haben. Ihr Friedensziel läßt zweifellos eine große Wirkung auf die Truppen aus. Diese sind kriegsmüde; sie wollen nicht mehr.

Laut „Nowaja Schijn“ berichtete der Frontdelegierte von der Südwestfront, daß das Heer kriegsmüde sei, weshalb es sofortigen Friedensschluß ohne weitere Umschweife oder Ausreden fordere. Der Delegierte Tscherwanin meldete dem Sowjet: Eine Fortsetzung des Krieges werde Rußland auch den wirtschaftlichen Tod bringen, weshalb der Friede in aller nächster Zukunft beschloffen werden müsse.

Die Kriegslage.

Dem Trommelfeuer vom 14. November morgens zwischen Boelkapelle und der Bahn Ypern-Koulers, das bereits nach halbständiger Dauer wieder abkante, folgten keine Infanterieangriffe. Erst von Mittag ab lebte bei besser werdender Sicht die feindliche Artillerietätigkeit an der ganzen Front wieder auf. Die Stadt und die Gegend Diksmuide erhielten zeitweise schweren Beschuß. Desgleichen lag starkes Feuer verbunden mit heftigen Feuerüberfällen auf anderen Stellungen von Boelkapelle bis zum Keilberg. Erst nach Eintritt der Dunkelheit ließ die Feuerstätigkeit etwas nach. Auf der Front östlich und südlich von Ypern brachten eigene Stoßtruppen eine größere Anzahl Gefangener und Maschinengewehre an verschiedenen Stellen zurück. Die Stellungen der Engländer in Flandern verwandelten sich infolge des anhaltenden schlechten Wetters immer mehr in einen morastigen Sumpf, aus dem sie nun schon in monatelangen Kämpfen vergeblich herauszukommen versuchten, worin die rückwärtslos gesperrte Spitze des englisch-kanadischen Heeres ihr Grab gefunden hat. Unsere Bombengeschwader belegten ausgiebig Fournes und den Bahnhof von Dünkirchen mit Bomben. Zahlreiche Explosionen und Brände wurden beobachtet.

Beiderseits von Reims wurden die Versuche mehrerer feindlicher Patrouillen, unter dem Schutze des Nebels an verächtlichen Punkten in unsere Stellung einzudringen, abgewiesen. Zwischen Maas und Mosel und beiderseits des Rhein-Wärnerkanals und im Sundgau wurde das feindliche Feuer vorübergehend lebhafter.

In Skalien bringen die Verbündeten unaufhaltbar von Fagnano und Feltr her nach Süden vor. Das ganze Gebiet von Primolano, das am 13. November von den Verbündeten besetzt wurde, war mit den modernsten Besetzungen ausgestattet. Heute befindet sich von Faubio bis zum Nonzo kein einziger Italiener auf österreichischen Boden, während viele tausende Quadratkilometer reichster italienischer Landes von den Verbündeten erobert wurden.

16. Berlin, 15. November, abends. (Amtl.)
Im Westen und Osten nichts Besonderes.
Im Gebirge beiderseits des Brenna-Tales sind unsere Truppen kampftun im Vordergrunde.

Wien, 15. November. (N.M.L.)

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden haben gestern österreichisch-ungarische Bataillone den Monte Castelli Umberto erobert.

In Enganer Tal warfen wir den Feind über Primolano hinaus.

Südlich von Feltré gewinnen unsere Angriffe Boden. In der Nähe keine besonderen Ereignisse.

Deftlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Albanien.

Westlich des Ohrida-Sees zogen sich die Franzosen von ihren Vorderestellungen zurück.

Frankreich und Belgien.

Die Kämpfe in Flandern in englischer Beleuchtung.

Nach der „Tägl. Rundschau“ schreibt der Berichterstatter des Daily Telegraph in Flandern, Gids: Der Widerstand der Deutschen in den letzten Gefechten war merklich härter, beispielsweise in der Schlacht bei Passchendaele wurde am Sonnabend den ganzen Tag sehr heftig gekämpft. Der Feind hat offenbar seine Artillerie umgruppiert, denn seine Antwort auf unser konzentrisches Feuer war härter als je zuvor. Nach Aussagen unserer Mannschaften hat er seine Artillerie meistens in der Nähe der Höhen von Passchendaele zusammengezogen. Er setzte die Beschießung die ganze Nacht und den nächsten Morgen fort. Darauf machte er Gegenangriffe aus der Gegend von Westlebeke, wodurch unsere Truppen gezwungen wurden, etwas Gelände und eine Anzahl Blodhäuser zu räumen. Später am Tage mußten auch die Kanadier vor dem heftigen feindlichen Feuer einen Teil des bei dem ersten Angriff gewonnenen Geländes wieder zurückgeben. Passchendaele blieb in unserer Hand.

England.

Der oberste Kriegsrat der Alliierten.

Der gewesene englische Premierminister Asquith ist anscheinend mit der Rede Lloyd Georges in Paris ebensomäßig einverstanden, wie die öffentliche Meinung Englands. Vielleicht hegt er die stille Hoffnung, daß nunmehr seine Zeit wieder gekommen sei. Deshalb hat er im Unterhause einen Vorstoß gegen Lloyd George unternommen. Er will näheres über dessen Aktion und Rede in Paris wissen. Im Mittwoch ist seinem Ansuchen insofern entsprochen worden, als Lloyd George sich im Unterhaus über den Obersten Kriegsrat ausgesprochen hat. Er antwortete auf die Frage Asquiths über diesen Rat und dessen militärische Zusammenfassung: „Am besten gebe ich auf die Frage Antwort, wenn ich dem Hause die gegenwärtigen Bedingungen des Abkommens zwischen der französischen, italienischen und britischen Regierung über die Schaffung eines obersten Kriegsrates der Alliierten vorlese. Zum besten Zusammenwirken der militärischen Aktionen an der westlichen Front ist ein oberster Kriegsrat geschaffen worden, der gebildet wird aus dem Premierminister und einem Regierungsmitglied einer jeden Großmacht, deren Heere an dieser Front kämpfen. Die Ausdehnung der Machtbefugnisse dieses Rates auf die anderen Fronten muß einer Besprechung mit den anderen Großmächten vorbehalten bleiben. Der oberste Kriegsrat soll über die allgemeine Kriegsführung wachen. Er berichtet Ratsschlüsse für die Entscheidung der Regierungen vor, hält sich aber über ihre Ausführungen auf dem laufenden und berichtet darüber an die betreffenden Regierungen. Der Generalfstab und die militärischen Kommandostellen der Armeen einer jeden Macht sind mit der Führung der militärischen Operationen betraut und bleiben ihren Regierungen dafür verantwortlich. Die von den unabhängigen militärischen Behörden entwickelten allgemeinen Kriegspläne werden dem obersten Kriegsrat unterbreitet, der unter der Autorität der Regierung ihre Uebereinstimmung überprüft und alle etwa nötigen Änderungen vornimmt. Jede Macht entsendet in den obersten Kriegsrat einen ständigen militärischen Vertreter, dessen ausschließliche Aufgabe es ist, als beschließender Berater des Rates tätig zu sein. Die militärischen Berater erhalten von der Regierung und den zuständigen militärischen Behörden die die Kriegsführung betreffenden Schriftstücke. Die militärischen Vertreter überprüfen tagtäglich die Lage der Streitkräfte und alle die Mittel, über welche die Heere der Alliierten und die Heere des Feindes verfügen. Der oberste Kriegsrat wagt für gewöhnlich in Versailles, wo die ständigen militärischen Vertreter und ihre Stäbe ihren Sitz haben. Er kann aber auch an anderen Orten zusammenkommen, wie es je nach den Umständen beschloßen wird. Die Zusammenkünfte des obersten Kriegsrates finden wenigstens einmal im Monat statt. Aus dem Vorhergehenden wird erhellen, daß der Rat keine Exekutivgewalt hat. Die letzten Entscheidungen in Sachen der Strategie und der Regelung der Bewegung der verschiedenen Armeen werden bei den Regierungen der Alliierten liegen. Die ständigen militärischen Vertreter werden aus den bestehenden Nachrichtenabteilungen der Alliierten alle Nachrichten erhalten, die nötig sind, um sie in den Stand zu setzen, ihren Rat dem Obersten Rat der Alliierten zu erteilen. Die Absicht der Alliierten ist gewesen, eine zentrale Körperlichkeit einzurichten, der die Pflicht obliegt, ständig die Feldoperationen als Ganzes zu überwachen durch Mitteilungen von allen Fronten, aller Regierungen und Staaten, die nun den verschiedenen Generalfstäben vorbereiteten Pläne in Uebereinstimmung zu bringen und, wenn nötig, ihre eigenen Vorschläge für eine bessere Kriegsführung zu machen.“

Die Lage in Irland

wird nach einer Meldung des Daily Telegraph immer ernster. Das Blatt fordert kräftige Maßnahmen gegen die revolutionäre Bewegung in Irland.

Gegen die Friedensströmung

geht jetzt die Londoner Polizei ernst vor. Sie hielt in den Bureaus der „No Conscription Fellowship“, der Internationalen Handelsliga und verschiedener pazifistischer Vereine Hausdurchsuchungen ab und beschlagnahmte Drucksachen und Briefe.

Und das im freien England!

Italien.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Provinzen Udine und Belluno. Mit der Eroberung der Provinzen Udine und Belluno fallen den Alliierten Vorteile in die Hand, die für ihre Kriegsführung und wirtschaftliche Stärkung von größter Bedeutung sind. Udine hat eine bedeutende Viehzucht. Im Frieden gab es dort 20 000 Küder, über 60 000 Schafe und rund 6 000 Schafe, dazu erhebliche Mengen Pferde und Gel. Die Provinz Udine allein produziert beinahe 125 000 Loraer Mais. Die Provinz Belluno hat reichen Holz- und Steinbau und umfangreiche Alpenweiden. Der einzige Bergbau der Provinz ist der Erzbergbau bei Cortina. Im Jahre 1913 wurden dort 20 000 Kubikmeter Erz abgebaut. Im Jahre 1914 wurden dort 20 000 Kubikmeter Erz abgebaut.

eine leistungsfähige Textilindustrie. In Udine gibt es an 16 Orten 26 Textilfabriken mit 336 000 Spindeln und 2000 Webstühlen für Baumwolle. Die Städte Udine und Bordenone sind der Mittelpunkt der Baumwollindustrie. In Bordenone hat die Fabrik 54 000 Spindeln für Spinneret, 19 400 für Zwirnerei und 40 mechanische Webstühle. Beide Provinzen besitzen weiter eine umfangreiche Seidenindustrie. Belluno hat einen bedeutenden Leder-, Holz- und Wachshandel und große Lager an Erz, Galnat und Kupferkies.

Eine gewaltige Katastrophe.

Die ungeheure Niederlage, die die Entente-Einheitsfront in Italien erlitt, wächst immer mehr zu einer der gewaltigsten Katastrophen des ganzen Krieges an. Abgesehen davon, daß alle Zukunftspläne der Entente für 1918 innerhalb der knappen drei Wochen gänzlich vernichtet wurden, ist der Materialverlust, den England, Frankreich, Amerika und Italien Ende Oktober und Anfang November erleiden mußten, so gewaltig, daß Ersatz nur in Monaten und nicht ohne ernste Schädigung der Versorgung der übrigen Fronten erfolgen kann. Der Riesenverlust, an Geschützen von rund 2500 übertrifft den Artilleriefriedensstand Italiens und bedeutet für die Verbündeten einen ungeheuren Zuwachs an schwerer Artillerie samt Munition. Zur Behebung dieser gewaltigen Geschützmenge waren allein über 20 000 Pferde, zur Bedienung mehr als 30 000 Artilleristen notwendig. Die Durchschnittskosten des verlorenen Geschützmaterials belaufen sich nach geringer Schätzung auf mehr als 1/2 Milliarde. Was infolge der Eroberung von Riesenmengen an Munition, die Cadorna für die 12. Nonzo-Offensive aufgestellt hatte, an Werten verloren ging, läßt sich nicht annähernd schätzen. Dazu kommen die unübersehbaren Zahlen an Maschinengewehren, Minenwerfern, Gasmasken, Bagagen, Autokolonnen, Gewehren und sonstigem Kriegsmaterial.

Der italienische Ministerpräsident redet.

In der Kammer hielt Ministerpräsident Orlando eine Rede, in der er unter anderem sagte: Die militärischen Ereignisse der drei letzten Wochen schufen für Italien eine Lage, deren außerordentlicher Ernst nicht beschönigt werden kann. Unglückliche Ereignisse wirkten zusammen, um die Notwendigkeit zum Rückzug zu bestimmen, damit die Hauptmacht der Armee gerettet werden konnte. Aus strategischen Gründen mußten die östlichen Einfallstore Italiens dem Eindringen des Feindes geöffnet werden und der Feind lagert in Städten, die die Bollwerke italienischen Glaubens waren. Die italienische Armee erlitt einen Schicksalsschlag, dem sich selbst die kriegsgewohntesten und ruhmvollsten Heere nicht entziehen können. Die Regierung ist sich des Ernstes der Stunde voll bewußt und wünscht eine gründliche und schnelle Besprechung der Lage. Aber jetzt muß gehandelt, nicht geredet werden. Orlando betonte dann die Einigkeit zwischen Italien und seinen Verbündeten, Frankreich und England, die sofort Hilfstruppen entsandten, und erwähnte die Beschlüsse der Konferenz in Rapallo, betreffend die Einsetzung eines politischen Rates der Alliierten und eines ständigen beratenden militärischen Ausschusses aus hervorragenden Generalen. Auch Amerika werde in diesem Rate vertreten sein. Die Regierung fühlte außerdem, daß es ihre Pflicht ist, ständig mit der Armee und dem Oberkommando in Berührung zu bleiben. Sie behält sich vor, schnell Mittel anzuwenden, die diese Beziehungen besser regeln werden und organisieren können. Ministerpräsident Orlando schloß seine Rede: Es gibt für alle Italiener nur die einzige Pflicht, den Feind zurückzuschlagen und zu besiegen. Er schloß seine Rede mit der Anführung der Worte des Königs: „Wir sind bereit, alles für den Sieg und die Ehre Italiens dahin zu geben.“

Bojelli brachte darauf einen Antrag ein, der die Notwendigkeit der Einigkeit der Nation und die Zusammenfassung aller Kräfte behauptet, um einem Einbruch des Feindes mit Hilfe der tapferen Armee und im Vertrauen auf die Alliierten Widerstand zu leisten. Darauf führte Giolitti u. a. aus: Man muß der Wirklichkeit mit Ruhe und Mut ins Gesicht sehen und mit dem Höchstmöglichen Kraft und Schnelligkeit handeln. Die Regierung hat allein die vollständige Kenntnis von der militärischen und politischen Lage. Ihr allein gebührt es, den Weg zu zeigen. Die Nation wird ihr folgen. Die Regierung und jeder Minister müssen an die fürchterliche, auf ihnen ruhende Verantwortung denken. Die Zukunft Italiens für einen langen Zeitraum seiner Geschichte hängt von ihren Entschloßen und Handlungen ab.

Salandra erklärte: Alle Italiener sind jetzt Waffenbrüder vor dem gemeinsamen Feinde. Wir müssen alle die treuen, gehoramen Soldaten der Regierung sein, die uns als Kämpfer ansehen muß.

Nach der Rede des ehemaligen Ministers Luzzatti und Prampolini, der im Namen der Sozialisten sprach, nahm die Kammer durch Zutritt die von Bojelli vorgelegene Tagesordnung an.

Der Seetrieg.

Der U-Boots-Krieg.

In der Woche vom 4. bis 10. November wurde vom Admiralstab der Marine bekannt gegeben, daß unserer U-Boote neuerdings 13 000 Brutto-Register-Tonnen Schiffsraum und außerdem 5 Dampfer, deren Größe nicht angegeben ist, versenkt haben. Eine größere Anzahl der Schiffe ist aus ungewöhnlich stark gefährlichen Geleitzügen herausgeschossen worden. Zum Teil verließen die Feinde den Angriffen unserer U-Boote dadurch zu entgehen, daß sie hauptsächlich während der Nacht fuhren und bei Tage in den Häfen lagen, aber unsere U-Boots-Kommandanten wussten ihre Boote auch in der Dunkelheit zu finden und sie mit Torpedoschuß oder mit Geschützfeuer zu vernichten. Besonders erfolgreiche Unternehmungen sind im Mittelmeere vorgenommen und dabei eine Anzahl großer vornehmlich englischer Dampfer versenkt worden. „Bar Clower“, der 500 Waggons Kohlen geladen hatte, ereilte das Geschick auf seiner ersten Reise. Mit einem anderen Dampfer gingen in der Nähe der englischen Küste 500 Waggons Reis in die Tiefe. In dem Entzogen im Mittelmeere hat die bekannte U-Boots-Kommandanten Kapitänleutnant Kornitz und Oberleutnant zur See Steinbacher in hervorragender Weise beteiligt.

Aber nicht nur im Handelskrieg sind unsere U-Boote tätig gewesen, es wird auch darüber berichtet, daß sie westlich der Stadt Tripolis in Kämpfe zwischen Landesbewohnern und Italienern eingegriffen und italienische Truppen mit gutem Erfolg unter Feuer genommen haben. Weiter wird gemeldet, daß ein U-Boot die Beschießungsanlagen von Homs in Tripolis, ein anderes das von Tripolis Truppen besetzte Ort Inapfe am Schwarzen Meer wirksam zerstört hat.

Englischer Zerstörer und Minierboot versenkt.

Am 14. wird aus London gemeldet: Ein englischer Zerstörer und ein kleiner Minierboot wurden durch ein feindliches U-Bootboot versenkt, während wir im Zusammenwirken mit der Flotte in der Ägäis operierten. Von dem Zerstörer werden 7000 Tonne und vom Minierboot 25 Personen vermisst.

versenktes amerikanisches Einheitschiff.

Das erste amerikanische Einheitschiff war „Clower“, welches am 20. 9. mit 8000 Tonnen nach Malta in See gegangen ist. Bereits am 19. 10. wurde es kurz vor dem Einreffen am Bestimmungsort versenkt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zentrum und Vaterlandspartei.

Dieser Tage hat Großadmiral v. Tirpitz in München zwei Versammlungen abgehalten, um bei den katholischen Bayern Stimmung für die „Vaterlandspartei“ zu machen. Beide Versammlungen wurden geleitet von Zentrumsparlamentariern, den Abgg. Einhausen und Scharnagel. Der „Bayern Kurier“ bringt einen nahezu verrückten Bericht über Tirpitzens Auftreten, und er schreibt zum Schluß: mit diesen Versammlungen habe die Vaterlandspartei feste Wurzeln auch in München geschlagen und weite Gebiete erobert, die ihr vorher durch irreführende Darstellungen verschlossen waren.“ Ein anderes Zentrumblatt aber, die „Münchener Post“, die in München ein eigenes Bureau unterhält, führt den letzten Besuch mit auf „Neugier und politisches Sensationsbedürfnis“ zurück und meint, daß Tirpitzens Rede, die in großen Partien eine plumpe Spekulation auf die konfessionellen Instinkte der gläubigen Katholiken war, an ihrem Urteil über die Ueberflüssigkeit und Schädlichkeit der Vaterlandspartei nicht das geringste ändere. Tirpitz, der Protestant, ging soweit, für den Papst ein freies Territorium zu fordern. Damit wollte er offenbar die kirchentreuen Katholiken darüber hinwegbringen, daß die von ihm in den beiden Reden vertretenen brutal-annexionistischen Forderungen und die als Notwendigkeit bezeichnete Durchführung des Weltkrieges bis zum Unterliegen der einen Partei („Wir können es länger aushalten als die Engländer und ihre Freunde!“) Kaufschlüsse in das Antlitz der päpstlichen Friedensbemühungen und der vom Papst verkündeten Völkervertragsgrundsätze sind. Es ist ja allerdings offenkundig, daß der Papst gegenwärtig sogar bei einem bedeutenden Teil der katholischen Geistlichkeit keine Autorität genießt. So kann der „Bayern Kurier“ (Nr. 316) schreiben, daß die Vaterlandspartei „täglich gestärkt werde durch Beitritte aus allen Parteilagern, nicht zuletzt vieler kirchlichen Würdenträger aus Bayern und vom Norden.“

Norwegen.

Ministerkrise? In Norwegen droht eine Ministerkrise heraufzuziehen, da die Außenminister mit dem Lebensmittelminister Bif ständig wächst. Auch die nach Amerika entsandte Kommission unter dem Polarforscher Nansen soll ihrer Aufgabe in keiner Weise gewachsen gewesen sein. Die Sozialdemokratie wirft der Regierung vor, daß sie nicht schon längst zu Beschlagnahme und Verteilung der Lebensmittel geschritten ist. Jetzt sei die Lebensmittelnot so groß, daß sie selbst die Erhaltung des Friedens und des Einvernehmens mit den anderen nordischen Staaten gefährde. Wohl habe die Regierung den besten Willen, die Neutralität zu bewahren, aber ihre Unfähigkeit erwecke das Mißtrauen, daß sie dazu nicht in der Lage sei. Mit Rücksicht auf die letzte Storkhinos-Debatte, die noch einmal festgelegt habe, daß Norwegen sich keinem der Kriegführenden in die Arme werfen werde, warnt der Christlianer „Sozialdemokraten“ davor, im gegenwärtigen schwierigen Augenblick die Regierung zu stürzen. Seit Erscheinen dieses Artikels hat indessen das Bekreben, ein Koalitionsministerium unter Teilnahme der Sozialdemokratie zu bilden, stark zugenommen. In der sozialdemokratischen Fraktion selbst soll darüber Streit herrschen.

Aus Südbed und den Nachbargebieten.

Freitag, 16. November

Hanseatengeist.

Es soll etwas Besonderes sein mit dem Hanseatengeist, doch kann man von einer überragenden geistigen Stellung der Hanseaten im deutschen Volkskörper nicht gut reden. Die Lage der Hansestädte, vor allem Hamburgs und Bremens, an den Toren des deutschen Welthandels, gibt ihrem Leben das besondere Gepräge, und es ist ganz selbstverständlich, daß handelspolitische Großzügigkeit ihnen Weisen und Charakter gibt. Niederdeutsche Züchtigkeit mag gewiß ihren Einfluß ausüben, daß es aber die weltwirtschaftliche Entwicklung ist, die den Hanseaten den Weg gewiesen, die sie auf der Höhe hält, kann nicht bezweifelt werden. Wenn eines Tages diese Entwicklung in andere Bahnen gedrängt werden würde, so könnte auch der beste Geist den Versuch nicht aufhalten. Wie die Hanseaten zu ihrem angeblich besonderen Geist gekommen sind? Wer eine gewisse Höhe erkliegen hat, gilt etwas. Das trifft auch zu für Völker und Volksteile. Wie die Höhe erreicht wurde, wie sie gehalten wird, ist zunächst gleichgültig. So redet man denn auch wohl vom Hanseatengeist.

Geist zeichnet ein praktischer Sinn die Hanseaten aus, der aber sehr oft einseitig und nur aus das Verdienen gerichtet ist. Man spricht von den Engländern als Krämerleuten; doch dürfen wir bei der Hanseaten den angelsächsischen Einfluß nicht verzeihen. In der Zeit der Hanse und noch weit darüber hinaus zeigten gerade unsere nordwestdeutschen Hansestädte Hamburg und Bremen gegenüber anderen Städten verhältnismäßig wenig deutsche Geisteskultur, wie auch ihr politisches Interesse für des Reiches Kraft und Macht nicht weit her war. Erst die neuere Zeit hat Hamburg und Bremen, so schreibt Nagos in der Bremer „Bürger-Zeitung“, dem deutschen Geistesleben näher gebracht; erst das neuere Deutschland hat die Hanseaten die deutsche Volksgemeinschaft tiefer empfinden lassen. Am Ende ist der Hanseatengeist ein Ueberbleibsel aus längstvergangenen Tagen. Heutzutage liegen die Dinge so, daß eine politische, wirtschaftliche und geistige Sonderstellung innerhalb kundesstaatlicher Grenzen von keiner Bedeutung mehr sein kann. Eins hängt an dem andern; was der eine nimmt, muß der andere geben.

Das war schon längst vor dem Kriege so. Das Gebäude für modernes Volksleben ist längst aufgerichtet, es mangelt nur noch an der inneren Ausstattung. Und das Gebäude trägt die Inschrift: „Dem Wohle des Ganzen!“ Es gab allerdings Leute, denen die Inschrift nicht paßte, die Anspruch auf Vorrechte erhoben. Es gibt solche Leute noch. Sie wollen die Hausordnung, die man auch Verfassung nennen mag, nach ihrem Geschmack gestalten; sie wollen schon auf der Sonnenseite wohnen, während andere im Hinterhause im Schatten leben sollen. Nein, der Krieg wird aufzuräumen mit dem alten Unrat und das Haus der deutschen Volksgemeinschaft für alle wohnlich herrichten. Der Krieg ist ein Revolutionär. Schon bahnt sich im Reiche der demokratische Gedanke mit kräftigem Fortschritt! den Weg und eines Tages wird das Dunkelmönchertum der Vergangenheit angehören. In allen Ecken und Enden kräht die alte Herrschaft in des Tages, selbst der gewaltige Justizstaat Preußen wird eines Tages die rosige Farbe demokratischer Jugend erhalten.

Das Alte stirbt, es ändert sich die Zeit! Das Klassenwahlrecht wird in die Rumpfkammer geworden, die Bahn wird frei für die Mitwirkung des Volkes im Staatsleben. Das Volk wird der Staat, der Staat wird das Volk sein.

Wo bleibt dabei der Hanseatengeist! Zeigt er sich als führend in dieser Zeit großer politischer Umwälzungen? Keine Spur. Jene Leute wenigstens, die sich einen besonderen Hanseatengeist zuschreiben, sind politisch reaktionär bis auf die Knochen. Dabei wird die Neugeistaltung der Dinge in Deutschland für so manche Hanseatliche Frage von größter Bedeutung sein. Aber sie glauben verumlich bei ihrem zwischen Baumwolle und Tabak hin und her wandelnden Sinne gleich an eine Sintflut. Wenn die Hanseaten so fixe Kerle wären, würden sie der Zeit ihren Tribut und dem Volke keine Rechte geben; sie würden damit noch lange nicht am Ende ihres Lateins sein, denn bis zur „Expropriation der Expropriateure“ hat es leider noch gute Weile.

Überall wackelt es an den Grundlagen althergebrachter Vorrechte. Selbst im politisch verrufenen Vortrittslande geht der Kampf um die „angestammten“ Privilegien der Ritterschaft. Der Ein- und Durchführung neuer Verfassungsgrundsätze wird in den Bundesstaaten selbst von den Regierungen mit mehr oder weniger gutem Willen das Wort geredet, nur in Bremen singt man: „Über allen Gipfeln ist Ruh!“ Tief Atem geholt hat man zwar, und einen Anlauf hat man auch genommen, so daß es zunächst wirklich nach etwas aussah, aber der Hanseatengeist konnte sich nur dazu aufschwängen, ein paar Interpunktionszeichen der Verfassung vielleicht zu ändern. Das hat die neue Zeit dem Hanseatengeist als ihr Gebot eingepreßt! Seit Monaten schon sieht die zum großen hanseatlichen Wurf eingeleitete Verfassungsdeputation eingepreßten in ihrem dunklen Winkel und will nicht mit ihrer Arbeit ans Licht. (In Lübeck ist es genau so! Red. d. „L. V.“) Man könnte glauben, grundsätzliche Probleme machten ihr die Entscheidung schwer und sie hätte alle Hände voll zu tun, um weitgehende neuezeitliche Bestimmungen zweckmäßig einzugliedern. O, der Hanseatengeist ist gründlich! Er läßt Berge freistehen, um eine Maus zu gebären. Weniger als eine Maus wird es sein, was die Verfassungsdeputation zur Welt bringen wird. Es war schon keinen Mausechwanz wert, was die privilegierten Hanseaten in der Bürgerchaftslehre als das höchste ihrer politischen Gefühle anfündigten.

Hanseatengeist! Leser, hast du schon gehört, daß sich bei all dem Sturm und Drang in der deutschen inneren Politik so ein tagenbarer Hanseat einmal nach dem Befinden der Verfassungskommission erkundigt hat? Daß er wissen wollte, wann sie eigentlich zu liegen komme und ihr Vögelin das Licht der hanseatischen Welt erblicke? Ja, wenn es sich noch um Freimarkt handelte! Dann würden die patriotischen Wogen hoch gehen, die hanseatische Begeisterung übersäumen. Das braucht ein Hanseat auch mehr als Geschäft und Freimarkt! Nur die Proleten sind's, die ewig begehrenden, immer unzufriedenen, die sich unliebsam bemerkbar machen. Das freie Wahlrecht ist ihr Zeichen. Doch sie sind jetzt zu Zehntausenden draußen und verteidigen das Land. Sie werden freilich manchmal an die Heimat denken, kommen dabei auch wohl auf das bremische Verfassungsproblem. Sie werden, wie wir, Vergleiche ziehen zwischen dem, was im Reich, in Preußen, in anderen Bundesstaaten vorgeht, und was in Bremen nicht vorgeht. Sie werden fragen, um was kämpft ein Bayer, ein Württemberger, ein Preuze, aber auch, um was ein Bremer kämpft.

Wie mögen sich unsere Hanseatengeister die Geschäfte vorstellen, wenn in Preußen das allgemeine und gleiche Wahlrecht eingeführt ist und in den Hansestädten so gut wie nichts an den verhältnismäßig Zuständen eines mittelalterlichen Privilegiertenbestandes geändert wird! Vielleicht kommen sie in ihrer Erbitterung gar nicht darauf, daß die große Mehrheit unserer Bevölkerung dann kein Interesse mehr an einem Bundesstaat Bremen haben will und mit Kind und Regel preußisch werden möchte. Preußengeist über Hanseatengeist! Das verhasste Preußen wird demokratisiert, die Republik Bremen (Lübeck gleichfalls) aber privilegiert weiter? Wenn es so ginge, wie der Hanseatengeist es sich einbildet, hätte die Weltgeschichte sich einen schlechten Scherz geleistet. Doch es kommt anders.

Der öffentliche Arbeitsnachweis, Abteilung für Männer und jugendliche Arbeiter, Parabe 1, verzeichnet für den Monat Oktober 1300 Arbeitsjüngende (September: 975), 1228 (1886) offene Stellen und 988 (983) Stellenbesetzungen. Eine umfangreiche Tätigkeit des Arbeitsnachweises in den letzten Monaten ist aus diesen Zahlen ersichtlich. Insbesondere hat die Zahl der Arbeitsjüngenden zugenommen. Dies ist zum Teil auf die vermehrte Zuweisung von Soldaten für Arbeitszwecke, aber auch auf die teilweise Abnahme von Arbeitsgelegenheit am Hafen und Rückgang von Erd- und Bauarbeiten zurückzuführen. Von der Landwirtschaft wurden hauptsächlich landwirtschaftliche Arbeiter für Ernte- und Drescharbeiten angefordert. Weiter wurde eine größere Zahl Gärtner und Gartenarbeiter verlangt. Insgesamt sind 156 Kräfte angefordert und 138 nachgewiesen. In der Metallindustrie wurden 113 Arbeiter verlangt und 49 nachgewiesen. Im Holzgewerbe war die Nachfrage nach Tischlern größer als in den vorigen Monaten. Es wurden 32 Tischler verlangt und 23 nachgewiesen. In der Nahrungsmittelfabrikation wurden hauptsächlich Müller, Bäcker und Schlächter gesucht. Es konnten 11 Arbeitsstellen besetzt werden. Im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe wurden 13 von 19 offenen Stellen erledigt. Für das Baugewerbe wurden hauptsächlich Zimmerer und Maler gesucht; insgesamt sind 44 offene Stellen aufgegeben und 39 besetzt. Im Buchdruckergewerbe mangelt es an Fachkräften. Maschinisten und Setzer wurden 12 verlangt und 6 nachgewiesen. Fabrikarbeiter wurden 41 vermittelt. Im Handelsgewerbe konnten von 33 gemeldeten Stellen 24 erledigt werden. Die Haupttätigkeit erstreckte sich auf die Arbeitsvermittlung für alle sonstige Lohnarbeit. Es wurden 697 Arbeitskräfte angefordert und 612 nachgewiesen. Vorwiegend handelte es sich hier um Gelegenheitsarbeit. Bureaugehilfen, Krankenwärter usw. (freie Berufsarten) wurden 18 nachgewiesen, 14 Stellen konnten nicht besetzt werden. In allen diesen Zahlen sind nicht enthalten die für den Quartalswechsel angeforderten Hilfskräfte für Umzüge. Es sind für 113 Umzüge 263 Hilfskräfte, zumeist Soldaten, durch die Vermittlung des Arbeitsnachweises gestellt. Vom Arbeitsnachweis für genehnde Soldaten sind 841 Arbeitskräfte in Arbeit gebracht. 28 bereits entlassene Kriegsverletzte wurden im Berichtsmonat in geeignete Beschäftigung gebracht.

Die weibliche Abteilung, Mengstraße 28, berichtet über ihre Tätigkeit im Oktober wie folgt: Das An- und Ab- und Arbeitshandwerk belief sich auf 1094 und war damit um 176 Meldungen höher als im vorigen Monat. Die Nachfrage war in beiden Monaten gleich groß: Oktober 603 und September 699. Die Vermittlungen liefen von 483 auf 530. In der Landwirtschaft lag gegen Monatsabschluss ein erhöhtes Angebot von Melkmädchen vor. In der Industrie der Ernte- und Erden reichte das Angebot knapp. Große Nachfrage herrschte wie vordem nach Munitionsarbeiterinnen für auswärtige Fabriken. Der Bedarf konnte zu einem großen Teile gedeckt werden. Die chemische Industrie forderte mehr Kräfte an als für diese Arbeit zur Verfügung standen. In der Textilindustrie bot sich für Strickerinnen wenig Verdienstmöglichkeit; 7 Vermittlungen fanden statt. Buchbindereiarbeiterinnen waren sehr gesucht, desgleichen Hilfsarbeiterinnen für Buchdruckereien. In einer Holzbearbeitungsfabrik wurden acht Arbeiterinnen untergebracht, 11 Meldungen lagen vor. In Nahrungsmittelfabriken wurden von 96 Arbeitsjüngenden 64 in Arbeit gebracht. Im Bekleidungsgebiete lagen die Verhältnisse ungünstig, da es vollständig an Heeresaufträgen fehlte. Von 81 Schneiderinnen und Näherinnen erhielten nur 9 Arbeit. Dagegen wurde versucht, einigen besonders dazu geeigneten Frauen eine neue Verdienstmöglichkeit zu bieten. In einem von der Kriegshilfe eingerichteten Schuhfabrik, der Anfertigung neuer und Ausbesserung alter Schuhwaren vorerst, erhielten 8 Frauen eine gründliche Ausbildung, um später selbst in anderen Kreisen Verwendung zu werden. Ein großes Ueberangebot an Arbeitskräften lag von ungelerten Fabrikarbeiterinnen vor. In der Haupt-

Der amtliche Kriegsbericht.

W.W. Großs Hauptquartier, 16. Novbr. (Amtlich.)
Weltlicher Kriegsausflug.

Der Feuerkampf war am frühen Morgen im flandrischen Kampfgelände längs der Willelte, und auf den östlichen Maasufeln gesteigert.

Französische Abteilungen, die im Morgennebel über die Willelte in unsere Postenlinien eindrangen, wurden im Gegenstoß zurückgeworfen.

Lagsüber war die Gefechtsfähigkeit bei allen Armeen gering. Am Abend lebte sie bei Dignuiden und südlich von St. Quentin auf.

Seit dem 9. November verloren unsere Gegner im Luftkampf und durch Abwehrfeuer 24 Flugzeuge. Bijefeldweber Bukler erlangte seinen 26., Deutnant Bongarz seinen 23. Aufstieg.

Deftlicher Kriegsausflug.

Nichts Besonderes.

Mazedonische Front.

Westlich des Ohrida-Sees haben wir Teile der von den Franzosen geräumten Stellungen besetzt.

Italienische Front.

Im Vordringen nordöstlich von Gallio und zu beiden Seiten des Brenta-Tales nahmen unsere Truppen mehrere Höhenstellungen der Italiener.

Cison ist in unserem Besitz.

An der unteren Piave hat sich das Artilleriefeuer verstärkt. Nahe am Meere auf das westliche Ufer vorstößende österreichisch-ungarische Honvedabteilungen nahmen 1000 Italiener gefangen.

Der Erste Generalquartiermeister.

Lubendorff.

sahe von solchen, die schwere Arbeit nicht machen konnten. Ihre Zahl belief sich auf 132, Nachfrage und Vermittlung auf 13. Der unerwünschte Andrang von jungen unerprobten Kontoristinnen hielt an. Bei 63 Arbeitsjüngenden und 12 offenen Stellen kamen 10 Vermittlungen zustande. Im Gastwirtschaftsgewerbe kennzeichnete sich die Lage durch geringe Nachfrage nach Serviermädchen, Zimmer-, Haus- und Küchenmädchen waren leichter unterzubringen. Umgekehrt lagen die Verhältnisse bei den Hausangestellten. Das Angebot reichte bei weitem nicht aus. Für 102 offene Stellen waren 72 Bewerberinnen vorhanden, 41 Stellen wurden besetzt. Die höchste Vermittlungszahl wies die Gruppe der Tagelöhnerinnen und unbeständig beschäftigten Arbeiterinnen auf. Zur Eintragung gelangten 176 Arbeitsjüngende und 146 offene Stellen, von denen 122 besetzt wurden. Für Erarbeiten wurden 23 Arbeiterinnen angefordert und 20 nachgewiesen. Im Verkehrswesen war ein Ueberangebot von Arbeitsjüngenden zu verzeichnen. In den freien Berufen hielt es vor allem schwer, die vielen Schreiberinnen unterzubringen. In 34 Fällen gelang es. Doch auch da handelte es sich fast ausschließlich nur um vorübergehende Arbeit. 72 Angebote lagen vor.

Verwendung- und Entlassung alter Landsturmjahrgänge. Ueber die Verwendung der alten Landsturmjahrgänge hat das preussische Kriegsministerium in einem Schreiben an den Reichstagsabg. Dr. Müller-Meinigen gesagt: „Eine Zusage, wonach die alten Landsturmjahrgänge nur zur Gefangenenerhaltung verwendet werden sollten, ist im Reichstag nicht gemacht. Von den Bestimmungen, daß auch die über 45 Jahre alten Mannschaften mindestens sechs Monate in vorderster Linie Dienst tun müssen, kann nicht abgegangen werden. Bei den Verhandlungen des Reichstages ist seitens des Kriegsministeriums nur erklärt worden, daß eine Entlassung der alten Jahrgänge schon aus dem Grunde nicht erfolgen könnte, weil sie auch zur Gefangenenerhaltung dringend gebraucht würden. — Jeder eingesehene Wehrpflichtige kann einen Antrag auf Entlassung oder Befreiung zu einem anderen Truppenteile stellen. Ersterer ist an den Zivilvorständen der heimatischen Ersatzkommission zu richten, letzterer auf dem militärischen Dienstwege anzubringen.“

Sehr unliebsame Störungen im Straßenbahnbetriebe sind seit Mittwoch dieser Woche hier eingetreten. Die Ursache liegt in einem massenhaften Defekt der Ueberlandzentrale. Erfahrungsgemäß gehört die Straßenbahn nicht zu den Verkehrsgelegenheiten, die mit Schnelligkeit und Präzision die Fahrgäste an ihr Ziel bringen. Und die hohle Bemerkung, die man oft hört, daß es sicherer ist, zu Fuß zu gehen, wenn man zu einer bestimmten Zeit irgendwo sein muß, als mit der Straßenbahn zu fahren, war und ist nicht unberechtigt. Besonders jetzt, wo die Wagen, wenn man sie zufällig erwirbt, mit ziemlicher Sicherheit das Schild mit dem ominösen Wort „Besetzt“ herabgelassen haben. Heute erklärt nun die Verwaltung der Straßenbahn diese wenig tröstliche Bekanntmachung: Infolge Stromstörung in der Ueberland-Zentrale muß der Straßenbahnbetrieb voraussichtlich bis auf weiteres stark eingeschränkt werden. Die Linien 2, 8, 10, 11 und die Wagen zu den Nachtzügen werden gänzlich eingestellt. Der neue Fahrplan wird in den nächsten Tagen bekannt gegeben.

Zur Regelung des Hebammenwesens. Amtlich wird aus Berlin gemeldet: Mit dem am 6. November vom Bundesrat gebilligten Grundrissen für die Regelung des Hebammenwesens hat mitten im Kriege die Bevölkerungspolitik des Reiches eine wichtige Maßnahme zum Abschluß gebracht. Bereits geraume Zeit vor dem Kriege waren vom Reichsamt des Innern die Vorverhandlungen für die jetzt vorliegende Entschärfung des Bundesrates eingeleitet. Klagen über die Ungleichmäßigkeit der Verteilung der Hebammen im Reich, Beschwerden über den bei einem namhaften Teil von ihnen beobachteten Mangel an Wissen und Können, Wünsche nach einer wirtschaftlichen Stärkung der Hebammen, nach ihrer Alters-, Krankheits- und Invaliditätsversorgung, deren Erfüllung den ganzen Stand heben würde, all das hatte einen Niederschlag von Anregungen gebildet, deren Berechtigung seitens der zuständigen Stellen im Reich und in den Bundesstaaten nicht verkannt wurde. Andererseits standen einer durchgreifenden reichsrechtlichen Regelung des gesamten Hebammenwesens bei den einzelnen Bundesregierungen erhebliche Bedenken gegenüber, die in der Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse tief begründet sind. Damit war der Weiterbehandlung der Angelegenheit durch das Reichsamt des Innern die Rücksicht zu geben. Nachdem die zu behandelnden Fragen im Reichs-Gesundheitsamt und Beteiligung von besonderen ärztlichen Sachverständigen und von Vertreterinnen des Hebammenstandes zur eingehenden Erörterung gelangt waren, ist nunmehr mit Annahme der Grundrissen für die Regelung des Hebammenwesens unter den Bundesratsregierungen eine Ueber einstimmung erzielt, welche die Mindestforderung umfaßt, die gleichmäßig bei der Zulassung zum Hebammenunterricht, bei der Berufsbildung der Hebammen und bei der Ausübung des Hebammenberufs gestellt werden sollen. Dagegen ist die Art und Weise, wie die Grundrissen bei der landesrechtlichen Regelung durchzuführen sind, dem Ermessen der Landesregierungen überlassen, wie es auch dem Bestehen dieser Regierungen anheimgegeben bleibt, alle die Punkte zu regeln, die in den Grundrissen nicht berücksichtigt werden konnten. Und hierbei wird es von ganz besonderem Wert sein, die Maßnahmen zu erwägen, die geeignet sind, die Hebammen in ihrer wirtschaftlichen Lage höherzustellen und namentlich die von ihnen so dringend er-

betene Versorgung im Alter und im Falle der Invalidität herbeizuführen.

Die Bewirtschaftung des Nähnarns. Die Reichsbekleidungsstelle teilt mit: Auf Grund einer Notiz in der „Deutschen Konfektion“ geht durch die Presse die Mitteilung, daß es den Bemühungen des Reichsbundes deutscher Textilbetriebsverbände gelungen sei, eine zweckmäßigere Verteilung des Nähnarns herbeizuführen. Ueber die Form der angeblich bereits erfolgten Neuregelung werden nähere Angaben gemacht. Die Notiz ist im vollen Umfange falsch. Die Neuregelung der Verteilung von Nähnarn ist weder auf Verlangen des Reichsbundes deutscher Textilbetriebsverbände zurückzuführen, noch ist die in der Notiz mitgeteilte Regelung richtig. Richtig allein ist, daß der Reichsbekleidungsstelle am 11. November 1917 die Bewirtschaftung des Nähnarns vom 1. Januar 1918 ab übertragen worden ist. In welcher Art die Bewirtschaftung erfolgen soll, wird in Wälde mitgeteilt werden. Die Reichsbekleidungsstelle kann Anfragen, die auf Grund der falschen Zeitungsmeldung an sie gerichtet werden, nicht beantworten.

Von den Uebernehmer sind bei dem Polizeiamt häufig Klagen darüber geführt worden, daß Glas und andere Scherben sowie größere Mengen Koks zwischen dem übrigen Hausunrat geworfen und zu große oder unrichtige Gefäße zur Aufbewahrung benutzt werden. Durch die zwischen dem übrigen Unrat befindlichen Glas- und anderen Scherben können Verletzungen bei Menschen und Tieren verursacht werden. Schon deshalb sollte jedermann vorzüglich bei der Aufbewahrung dieser Sachen sein. Die Handlungsweise widerspricht aber auch der Verordnung betr. die Abfuhr von Schrott und Unrat aus der Stadt und den Vorstädten. Danach sollen Scherben in besonderen Gefäßen gesammelt werden. Koksstücke braucht der Uebernehmer nur dann mitzunehmen, wenn die Menge einer jeden Haushaltung nicht mehr als einige Schaufeln voll beträgt. Die zur Aufbewahrung des Schrotts und Unrats benutzten Gefäße müssen von solcher Beschaffenheit sein, daß sie von einer erwachsenen Person bequem gehandhabt werden können. Uebertretungen können mit Geldstrafen bis zu 60 Mk., an deren Stelle im Unvermögensfalle Haftstrafe bis zu 14 Tagen tritt, bestraft werden.

Der dritte Teilbetrag der Einkommensteuer und der zweite Teilbetrag der Kirchensteuer für das Jahr 1917/18 ist von den Steuerpflichtigen, die im Besitze eines Steuerzettels für die Vorstädte St. Jürgen und St. Gertrud, die Landbezirke und Travemünde sind, in der Zeit vom 11. bis 20. November d. Js. bei Vermeldung des Zuschlages der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

Die Genossenschaftsbücherei und Lesehalle wird auch in Zukunft in der bisherigen Weise geöffnet bleiben.

Der Lesesaal der Deftlichen Bücher- und Lesehalle, Mengstraße 28 II, bleibt unverändert täglich, auch Sonntags, von 11 Uhr vorm. bis 9 Uhr abends geöffnet. Außer den hiesigen Tageszeitungen liegen eine große Anzahl der bedeutendsten auswärtigen Zeitungen aller Richtungen, sowie zahlreiche Zeitschriften politischer, belehrenden und unterhaltenden Inhalts aus. Der Zutritt ist unentgeltlich. Die Bücherausgabe findet täglich mittags von 12-1½ Uhr und abends von 5-8 Uhr, Sonntags von mittags 11½-1½ Uhr; die Jugendbücherausgabe Dienstags und Freitags nachmittags von 2½-4½ Uhr statt.

Vandalismus. Im Blochhaus des Jugendvereins „Jung Siegfried“ ist, wie man uns schreibt, leider in wüster Weise nach Entdeckung der Türen und Fenster gehaut worden. Die selbst gearbeiteten Säulen der jungen Leute, die meistens aus den Arbeiterkreisen stammen, sind heruntergerissen und ihres meist wertvollen Inhalts (Geräte, Messer und Gabeln usw.) beraubt worden. Die Pumpe ist demoliert, junge Birken sind umgebrochen worden. Wenn auch die Kriminalpolizei benachrichtigt ist, so erscheint es doch wichtiger, auch in der Deftlichkeit darauf hinzuweisen. Vielleicht kommt den Tätern dies zu Gesicht und legt ihnen die Frage vor: Warum verdirbst du eigentlich den Wandernern und Besuchern da draußen diese kleine Freude am Abschließen mit viel Mühe und Liebe geschaffenen Eigentum?

Der Ausschuss für Kriegshilfe hat, wie er uns mitteilt, von dem Hauptverteilungsausschuss für Schuhwaren eine Sonderzuweisung von 3000 Paar Stiefel erhalten, welche zu einem Vorzugspreise an alle Personen mit einem Einkommen bis zu 4000 Mark abgegeben werden. Es handelt sich um Segeltuchstiefel mit Holzsohlen, welche zum Teil mit Leder besetzt sind, welche durch die hiesigen Schuhwarenhändler verkauft werden. Der Verkaufspreis beträgt je nach der Größe circa 9 Mark bis circa 13 Mark und ist auf den Stiefeln erkenntlich angebracht. Auf diesen Kleinvorkaufspreis hat der Schuhwarenhändler 10 Proz. Rabatt zu gewähren, der Ausschuss für Kriegshilfe gibt ferner einen Zuschuß in Höhe von 20 Proz., so daß die Stiefel um 30 Proz. billiger sind als der eigentliche Kleinvorkaufspreis beträgt. Jeder Inhaber eines Bezugscheines, der diese Stiefel zu kaufen beabsichtigt, erhält von dem Schuhwarenhändler einen Gutschein, auf den die Größennummer und der Preis der Stiefel von dem Händler einzutragen ist. Der Gutschein ist mit dem Steuerzettel oder einer Bescheinigung der Steuerbehörde, daß der Käufer kein Einkommen versteuert, in der Geschäftsstelle des Ausschusses für Kriegshilfe, Königstraße 13 I, vorzulegen, wird dort abgestempelt und dann vom dem Händler in Zahlung genommen.

Lübder Schauspielergemeinde. Von jedem Stück finden drei Vorstellungen statt. Die Vorstellungen sind durch Farben unterschieden. Für die erste Vorstellung am Sonnabend, dem 17., gelten die h l a u e n Karten. Siehe auch die Anzeige in dieser Nummer. Die Karten gelten für je 6 Vorstellungen und sind daher aufzubewahren, am besten auf starkem Papier aufzuleben. Es sind noch eine Anzahl Karten zu 3 Mark für die sechs angekünigten Vorstellungen, zusätzlich 10 Pfg. Mitgliedsbeitrag, in der Redaktion des Volksboten zu haben.

ph. Kettenhandel und Betrug. Festgenommen wurden zwei hiesige Handlungsgehilfen und ein Weper aus Cleverbrück wegen Kettenhandels. Auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise hatte sich der Weper in den Besitz von 20 Zentnern Harz gesetzt, die bei einer hiesigen Speditionsfirma lagerten. Das Harz bot er einem der festgenommenen Handlungsgehilfen zum Kaufe an und entwickelte sich ein Handel mit dem Harz von Hand zu Hand, der den Preis des Harzes ins Ungemessene verteuerte. Der erzielte Verdienst verlorke dann die jungen Leute Waren zum Kaufe anzubieten, die sie überhaupt nicht besaßen und auch nicht erlangen konnten, so daß sie sich auch wegen Betruges zu verantworten haben werden.

Der
Lübder Volksbote
dient
den Arbeiterinteressen
schützt
die Rechte des Volkes!

Neueste Nachrichten.

Berlin, 15. November (Amtlich.) Neue U-Boot-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz. 13 000 Zentner-Registertonnen. Unter den versenkten Schiffen befand sich ein großer Dampfer mit Erfindung, der aus einem Geleitzug herausgeschossen wurde.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Hannover, 15. November. (Amtlich.) Heute vormittag gegen 6 Uhr fuhr der Personenzug von Barpinghausen auf Bahnhof Hannover auf eine Abteilung Personenwagen. Die Abteilung war mit Militär einige Stunden vorher eingetroffen und beiseite gefahren, um auf einen später fahrenden Zug überführt zu werden. Die Mannschaften waren größtenteils ausgezogen. Von den in den Wagen zurückgebliebenen Gepäckwagen wurde ein Mann getötet. Zwei schwer verletzte Personen sind ins Garnisonlazarett übergeführt. Vier leicht Verletzte setzten ihre Reise fort. Von den Reisenden des Personenzuges ist niemand verletzt.

Kopenhagen, 15. November. Ueber Saporanda wird gemeldet: Der Chef des Petersburger Militärbezirks hat in einem Aufsatze erklärt, daß die Behauptung Kerenskis, die Bolschewiki-Truppen seien zu ihm übergegangen, unwarhaft sei. Diese hätten sich nur aus Galizien zurückgezogen, um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden und eine bessere Verteilung vor Petersburg einzunehmen. Diese sei nun so stark, daß Kerenski nicht mehr gefährdet werde, selbst wenn er zehnmal so viel Truppen hätte. Unter den Truppen Venus herrscht die beste Stimmung. In Petersburg sei Ruhe und Ordnung.

Stockholm, 15. November. Ueber die Revolution in den Provinzen meldet das Petersburger Organ der Sozial-Revolutionäre, daß auch in Kiew schwere Straßenkämpfe ausgebrochen seien.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwart, Druck: Friedr. Meyer & Co., Gänzlich in Lübeck.

pb. Bahnhofsdiebstahl. Festgenommen wurde ein Dienstmann aus Bils, die auf dem hiesigen Bahnhofe mehrere Diebstahle ausgeführt habe.

pb. Meise auf dem Kirchhof. Den bereits am 8. ds. Mts. festgenommenen Schweinedieben konnte noch nachgewiesen werden, daß sie schon vor einigen Monaten einem auf Bunte Kuh wohnhaften Arbeiter zwei Schweine, ferner einem Landmann in Genin ein wertvolles Schwein, einem Besitzer in Moisling zwei Ziegen und schließlich in der Rahlhorststraße zwei Schweine und 14 Hühner gestohlen hatten.

pb. Stiefeldieb. Ermittelt und festgenommen wurde ein in Waggow in Arbeit befindlich gewesener russisch-polnischer Arbeiter, der aus einem Schuhwarengeschäft in der Mühlenstraße ein Paar Schnürstiefel gestohlen hatte. — Festgenommen wurde eine Heilungslose Arbeiterin aus Göttingen, die einer an der Wakenismauer wohnhaften Ehefrau einen Rock gestohlen hatte.

pb. Die Herrschaft gestohlen. Festgenommen wurde ein Dienstmann aus Mörs, welches seiner Herrschaft, einem hiesigen Hotelbesitzer, zwei silberne Messer, eine silberne Gabel und zwei silberne Bruchmesser gestohlen hatte.

pb. Verhaftet wurde eine Arbeiterin aus Schwartau, die seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgt wurde.

pb. Entwendeter Ulter. Aus einem Hause in der Mengstraße ist gestern ein grünlicher Ulter gestohlen, dessen Taschen mit gelbem Stoff gefüllert waren. In einer Tasche steckte ein Militärpass auf den Namen Franz Friedrich Johann Meyer, geb. am 24. 6. 1891 in Kienfeld, ausgestellt vom Infanterie-Regiment Nr. 175.

pb. Diebstahl und kein Ende. Vom Boden eines Hauses an der Untertrave sind in der Nacht zum 15. ds. Mts. folgende Wäschstücke von der Seine gestohlen worden: zwei leinene Damenhemden, ein wollenes Damenhemd, ein wollenes Damenbeinkleid und eine Unterhose. — In derselben Nacht ist von einem Elbstahn im Flughafen eine 100 Meter lange und 14 Meter dicke Stahltrasse gestohlen worden.

Dajow i. M. Tödlich verunglückt ist im Hof Vorwerk bei Dajow der 36jährige frühere Arbeiter Borgwardt, der den Neubau des Viehhauses dazwischen besahen wollte und dabei eine Leiter bestieg. Diese aber glitt aus und der Bedauernswerte stürzte hinab, wobei er seinen Tod fand.

Altona. Gemeinsam in den Tod. Am Mittwoch abend gegen 7 1/2 Uhr vernahm der Bootsermeister Jacobs in Dövelsgörne einen Ausschrei. Er sorgte nach und fand auf dem Bootssteig einen Damenhut und einen Damenschirm, konnte aber bei

der herrschenden Dunkelheit keine weiteren Wahrnehmungen mehr machen. Man fischte darauf das Wasser mit einem Haken ab und fand gegen 9 Uhr die Leiche eines etwa sechs Jahre alten Kindes. Vermutlich ist eine weibliche erwachsene Person, die Hut und Schirm vorher abgelegt hat, mit dem Kinde gemeinsam in den Tod gegangen. Die Leiche des Kindes ist ärmlich aber sauberlich gekleidet.

Theater und Musik.

Stadttheater. Die beiden Schützen, komische Oper in drei Akten von Albert Lortzing. Zu den weniger häufig aufgeführten Werken Lortzings gehört diese Oper. Obwohl in ihr der Quell frischer, volkstümlicher Melodien und hübscher Ensembles weniger reich sprudelt als in „Zar und Zimmermann“ oder im „Wildschütz“, so trägt sie doch die bemerkenswertesten liebenswürdigen Züge, die Lortzing ihren erfolgreicheren Schwestern gegeben hat: natürliche Anmut, glücklicher, etwas spitzerer Humor und gefällige, singbare Musik, die nie mehr zu sein vorzögt, als sie wirklich ist. Wie man unaufdringlich freundlichen Menschen, die unterhaltend zu plaudern und harmlose Scherze zu machen verstehen, immer wieder gern begegnet, so sieht man die verschiedenen Opern Lortzings, auch „Die beiden Schützen“, immer mit angenehmen Gefühlen. Die drohliche Verwechslung zweier Tornister und deren Besitzer, dazu die nötigen Liebesgeschichten, die selbstverständlich in Wohlgefallen enden, bilden den Gegenstand der lustspielmäßigen Handlung, die bei gewandter, flotter Wiedererzählung recht erheitend wirken kann. Die gestrige Aufführung der beiden Schützen traf den Lustspielcharakter nicht recht, sie war vielsach zu opernhast. Manche der Mitwirkenden wußten sich nicht umgezungen zu bewegen oder beherrschten den Dialog nicht in wünschenswerter Weise. Eine ganz famose Figur machte Herr Nidel als tölpelhafter, strohköpfiger Peter. Seine „italienische“ Coupletverseinlage war mehr von Gefinnungstüchtigkeit, wie man das wohl nennt, als von gutem Geschmack getragen. Gefänglich Gutes boten die Herren Trimborn (Gustav), Schumacher (Wilhelm) und Ludewigs (Schwarzbart) sowie die Damen Bradst als schelmisches Suschen und Malinowski als hübsche Karoline, der es nur manchmal schwer fiel, dort ernst zu bleiben, wo Heiterkeit nicht am Platze war. Etwas Humor hätte man auch dem Amtmann des Herrn Salin und dem Busch des Herrn Schwarz gewünscht. Fr. Bergau bemühte sich nach Kräften um die alte Jungfer Lieblich. Die von Herrn Brischke inszenierte und von Herrn Dr. Reißch umsichtig dirigierte Vorstellung fand eine recht beifällige Aufnahme. P. L.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 10. bis 25. November 1917 sollen an jede zur III. Kundenliste für Kolonialwaren angemeldete Person zur Aufgabe gelangen:

- 100 Gramm Weizengrieß zum Preise von 32 Pfg. für 1/2 kg (1 Pfund) auf den Abschnitt E VIII des Lebensmittelbuches.
 - 125 Gramm Marmelade zum Preise von 90 Pfg. für 1/2 kg (1 Pfund) auf den weissen Sonderchein XVIII des Lebensmittelbuches.
- Die gesammelten Abschnitte für diese Verteilungen (Nr. 88 und 89) sind bis zum 20. November 1917 an die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schüsselboden 18, II, abzugeben. (8600) Lübeck, den 15. November 1917.

Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Bekanntmachung.

Infolge Stromföhrung in der Ueberland-Zentrale muß der Straßenbahnbetrieb voraussichtlich bis auf weiteres stark eingeschränkt werden.

Die Linien 2, 8, 10, 11 und die Wagen zu den Nachtzügen werden gänzlich eingestellt.

Der neue Fahrplan wird in den nächsten Tagen bekanntgegeben.

Lübecker Straßenbahn.

Wegen veränderter Abrechnungszeit ist es notwendig, daß die Unternehmer ihre Rechnungen, deren Bezahlung sie in der laufenden Zahlwoche erwarten, stets spätestens am Montag einreichen.

Lübeck, den 15. November 1917. (8610)

Die Baubehörde.



Unerwartet erhielten wir am Sonnabend die überraschende Nachricht, daß unser in's Leben geliebter Sohn, Herr und Schwager, der Gefreite

Fritz Cordts

im blühenden Alter von 29 Jahren am 30. August an einer Verwundung in englischer Gefangenschaft gestorben ist.

Dies zeigen an im tiefstem Schmerz

Heinrich Cordts und Frau, Emil Cordts und Frau, Carl Feldst, z. Zt. im Felde, u. Frau geb. Cordts.

Carl Feldst, z. Zt. im Felde, Frau Stender Wwe. geb. Cordts.

So schiel denn wohl, geliebter Sohn und Bruder, kein Kampferose stört mehr deine Ruh', All' liebevolles Beien war vergebens, Du kannst nicht mehr in deiner Heimat sein, Du wirst so gut und starbst so früh, Was dich gekannt, vergißt dich nie, Doch lag es in des Höchsten Plan, Was Gott will, das ist wohlgetan, Geliebt, beweist und nie vergessen, Ruhe sei dir, edles Herz, dir der Friede, uns der Schmerz.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

e. G. m. b. H.

Morgen Sonnabend

letzter Tag zur Anmeldung der neuen Lebensmittelkartenhefte für den Bezug von

Butter, Zucker und allgemeinen Lebensmitteln

Soweit unsere werthen Mitglieder die Anmeldung noch nicht besorgt haben, bitten wir dringend, den letzten Tag dazu zu benutzen, da nach dieser Frist den Verbrauchern die Wahl, in welchem Geschäft sie kaufen wollen, nicht mehr zusteht.

8597

Der Vorstand.

Soldaten, Kanone und Holzleisenbahn

zu verkaufen. Stöckelndorf, 3607) Ahrensdorfer Straße 21.

J. H. Pein

Am Markt 12. Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für erstklassige :: Manufakturwaren :: Spezialhaus für Betten Bettfedern u. Daunen Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

Visitenkarten

Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

Achtung! Betriebs-

Versammlung

aller im Betriebe der Lübeck-Büchen-Eisenbahn-Gesellschaft beschäftigten Handwerker und Arbeiter am Sonnabend, d. 17. d. Mts. abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52.

• Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. (8608) Der Arbeiterausschuß.

Hansatheater.

Freitag, den 16. Novbr., abends 7 Uhr:

Klavierabend

Arthur Schnabel, Berlin.

Kompositionen von Beethoven, Schumann, Chopin. Kartenverkauf: Musikalienhandlung Robert, Breite Straße 54, Holstenhaus, Zigarrenhandlung Rühlich, Holstenstraße, und an der Theaterkasse. (8604)

Hansatheater.

Sonnabend, 17. November, abends 7 Uhr: Zum letzten Male:

Das süsse Mädel.

Sonntag, den 18. Novbr., abends 7 Uhr: Neu einstudiert! Zum ersten Male!

Die ledige Ehefrau.

Gr. Pause mit Gessing in 3 Akten. Musik von Josef Suga.

Freitag, den 17. Novbr., abends 7 Uhr: Zum ersten Male!

Rotkäppchen.

München in 5 Bildern von Günter. Keine Preise. (8606)

Lübecker Schauspielergemeinde.

Sonnabend, den 17. November

(Nur blaue Karten haben Gültigkeit):

Das Nürnbergisch Ei

Die Karten gelten für je 6 Vorstellungen und sind daher aufzubewahren.

Es sind noch eine Anzahl Plätze (6 Vorstellungen zu Mk. 3.— einschl. Garderobe vorrätig. Dieselben können morgen, Sonnabend, vorm. von 8-2 Uhr in der Redaktion des „Lübecker Volksboten“, Johannisstraße 46, Hths. I, oder von 11-2 Uhr an der Theaterkasse gegen Zahlung von Mk. 3.— und einem einmaligen Beitrag von 10 Pfennig für die Schauspielergemeinde in Empfang genommen werden. (8599)

Kranken- u. Sterbekasse gewerblicher Arbeiter.

Außerordentliche General-Versammlung

am Montag, d. 19. November 1917, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:

1. Abänderung der § 8 Riffer 5 und § 11 Absatz 1, Beitrag und Unterstützungserhöhung betreffend, ebenfalls Abänderung der §§ 12 und 13 Absatz 1 der Satzung.
2. Antrag des Vorstandes und Aufsichtsrats über die Erhebung eines 14. Wochenbeitrages im Vierteljahr.

• Mitgliedsbücher sind vorzulegen. Der Vorstand. (8601)

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der Buchdruckerei „Cdb. Volksbote“ Johannisstraße 46.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Lübeck, Distrikt Rensfeld-Schwartau.

Mitglieder-Versammlung.

am Sonntag, d. 18. November abends 8 Uhr.

im Lokale des Herrn W. Hilprecht (Gasthof Strandvaal).

Tagesordnung:

1. Der außerordentliche Verbandstag in Hannover und die Anträge zu demselben. Referent: Kollege Radde, Lübeck.
2. Sonstige Verbandsangelegenheiten. (8609)

Der wichtigen Tagesordnung wegen müssen alle Mitglieder in der Versammlung erscheinen. Die Orts- u. Distriktsverwaltungen.

Stadttheater.

Freitag, den 16. Novbr. 1917

Die toten Augen.

Sonnabend, d. 17. Novbr. 1917: Lübecker Schauspielergemeinde

Das Nürnbergisch Ei.

Tragödie von W. Harlan.

Nur blaue Karten haben Gültigkeit.

Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

Sonntag, den 18. Novbr. 1917. Nachmittags 3 Uhr: Jeder Platz 60 Pfg., Garderobengebühr 10 Pfg.:

Flachsmann als Erzieher.

Komödie von Otto Ernst.

Verlosung der Plätze Freitag u. Sonnabend abend von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr an der Theaterkasse.

Abends 7 Uhr:

Die beiden Schützen.

Tüchtiger Schuhmacher gesucht.

Königstraße 62.

Bilder

und auch lose Studienblätter von Heitor. Hansen hat Carl Stendler, Hamburg, Bismarckstr. 2.

Für den Frieden!

Im Anschluß an den Würzburger Parteitag hat der Parteivorstand einen Aufruf an die Parteigenossen veröffentlicht, in dem zur Einberufung von Versammlungen aufgefordert wurde. In diesen Versammlungen sollte Stellung genommen werden für einen Frieden der Verständigung, und außerdem sollte abgerechnet werden mit der sogenannten „Vaterlandspartei“. In allen Teilen des Reiches haben inzwischen zahlreiche, von vielen Tausenden Männern und Frauen besuchte gewöhnliche Versammlungen stattgefunden, die sich mit erhebender Einmütigkeit auf den Boden der Reichstagsresolution für einen Frieden der Verständigung und Versöhnung ausgesprochen haben und außerdem die Demokratisierung des Reiches mit Entschiedenheit forderten. Das Erfreuliche in allen angenommenen Entschlüssen war die Klarheit, mit der der Frieden ohne Annexionen und Kontributionen gefordert wurde, ohne Rücksicht auf die militärische Situation. Das heißt: die deutsche Arbeiterkraft will grundsätzlich nichts wissen von irgendwelcher Vergewaltigung.

Weitere Versammlungen finden jetzt statt. Die neuesten Ereignisse in Rußland müssen uns veranlassen, alle weiteren Versammlungen besonders eindrucksvoll zu gestalten und die Solidarität mit den russischen Genossen, die einen sofortigen Waffenstillstand und baldigen Frieden verlangen, klar und deutlich zu bekunden.

Für den Frieden

demonstrierte am Sonntag in Wien eine riesige Menschenmenge. Die Friedensversammlung war von 30000 Männern und Frauen besucht. Die Massen zogen aus den Bezirken mit Standarden, auf denen sie ihrer Friedensherrschaft Ausdruck gaben. Der riesenhafte Saal war gefüllt voll. Es sprachen sowohl im Saal wie auf dem anschließenden großen Platz, wo vier Tribünen errichtet waren, sozialdemokratische Abgeordnete. Ueberall fand die vorerwähnte Resolution einstimmig begeisterte Annahme. Sie lautet:

Die Arbeiterklasse Wiens, verlammt, um ihrer heißen Sehnsucht nach der Beendigung des Krieges Ausdruck zu verleihen, erklärt:

Die weltpolitischen Ereignisse der letzten Wochen haben alle Schranken, die der Herstellung des Friedens entgegenstanden sind, niedergerissen. Allgemein ist die Erkenntnis, daß militärische Mittel den Krieg nicht entscheiden können und sollen. Es ist Pflicht der Regierung, ihre und unzweideutige Kriegsziele aufzustellen und dadurch die Grundlage für die Herstellung eines dauernden Friedens zu schaffen.

In der Stunde, in der die Arbeiter und Soldaten Petersburgs der verräterischen Bourgeoisie die Macht entziehen, die Regierung angetreten und der Welt neuerlich das Friedensangebot des russischen Volkes ohne Eroberungen und Entschädigungen gemacht haben, sendet die Arbeiterklasse Wiens der Arbeiterklasse Petersburgs ihren brüderlichen Gruß.

Wir begrüßen den Sieg der Petersburger Arbeiter als den Beginn einer neuen Epoche im Befreiungskampfe des internationalen Proletariats. Der Sieg des proletarischen Friedenswillens in Petersburg gibt uns die Hoffnung, daß es den vereinigten Bemühungen der Arbeiter aller Länder endlich gelingen wird, dem völkermordenden Kriege einhalt zu gebieten. Wir geloben, in unserem Lande unermüdet und unerschrocken weiter zu kämpfen für die Beendigung des Krieges durch einen baldigen demokratischen, den Lebensnotwendigkeiten aller Völker genügenden Frieden.

Wir sind überzeugt, daß das Ende des Krieges herbeigeführt werden kann, wenn das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn die Hand erheben, die die russische Demokratie ihnen entgegenstreckt. Wir lehnen daher jeden wie immer gearteten Plan der Regierungen, der den Friedensschluß verhindern oder verzögern könnte, entschieden, unbedingte und für immer ab. Wir fordern die österreichische Sie-

gung auf, im Einvernehmen mit den verbündeten Regierungen die feindlichen Staaten sofort zur Eröffnung von Friedensverhandlungen einzuladen und in dieser Einladung ausdrücklich und unabweisend zu sagen:

1. Daß die Mittelmächte keinen Ländererwerb anstrengen und keine Kriegsentwädigung fordern;
2. Daß die Mittelmächte Belgien, Serbien, Rumänien, Polen, Litauen und Kurland weder annectieren noch sich politisch angliedern noch in einem Zustande wirtschaftlicher oder militärischer Abhängigkeit erhalten wollen;
3. Daß die Mittelmächte dem Friedenstonsaße konkrete Vorschläge über den Ausbau des Völkerrechtes, über die internationale Abrüstung und über die Entscheidung aller Streitigkeiten zwischen den Völkern durch obligatorische Schiedsgerichte vorlegen;
4. Daß die Regierungen der Mittelmächte, die heute in Rußland tatsächlich bestehende organisierte öffentliche Gewalt anerkennen und ihr sowie allen kriegführenden Mächten zum Zwecke der Einleitung von Friedensverhandlungen einen Waffenstillstand vorschlagen.

Die Versammlung ist sich bewußt, daß sie mit diesen Forderungen dem leidenschaftlichen Begehren aller Völker Österreich-Ungarns entspricht und daß die von vereinzelt kapitalistischen und kleinen nationalistischen Interessengruppen unseres Landes gesührte Kriessche ansehts der Friedensentschlossenheit der Massen ohne Einfluß bleiben muß.

Lohnprobleme nach dem Kriege.

Von Wilhelm Jansson.

In den deutschen Unternehmerkreisen wird bereits die Frage der Lohnkürzung für die Zeit nach dem Friedensschluß lebhaft erwoogen. Die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände hat vor einigen Monaten in einer Eingabe den Versuch gemacht, das Kriegsamt für diese Frage zu interessieren. Das Kriegsamt sollte insbesondere auch die Bereitwilligkeit der Staatsbetriebe zum Entgegenkommen gegenüber den Arbeiterforderungen eindämmen und überhaupt den Unternehmerverbänden bei der Durchsetzung der Forderungen behilflich sein. Ein praktisches Ergebnis dieser Eingabe hat sich glücklicherweise nicht gezeigt, aber die Bestrebungen der großindustriellen Unternehmerverbände in dieser Frage sind deshalb nicht eingestillt worden. Auf ihrer Tagung in Nürnberg vorigen Monat haben sie sich erneut damit beschäftigt und vorbereitende Arbeiten für eine solche Maßnahme beschlossen. Insbesondere soll eine Statistik über die Arbeitslöhne aufgenommen und die Unternehmerarbeitsschweife ausgearbeitet werden.

Gegen eine Statistik, die eine objektive Feststellung der Arbeitslöhne bringt, wäre gewiß nichts einzuwenden. Nur muß von ihrer Veranlassung zu bedenken sein, daß sie nicht einzelne Arbeitsschichten herausgreift, die infolge ihrer Qualitätsarbeit besonders hohe Löhne während des Krieges erreicht haben, sondern daß sie auch die niedriger entlohnten Arbeiter in richtigem Verhältnis zur Gesamtarbeiterzahl berücksichtigt. Auch ist eine objektive Veranschlagung der verschiedenen Städte und Gegenden zu fordern, weil bekanntlich einzelne deutsche Städte oder Industriegebiete infolge besonderer Verhältnisse höhere Löhne aufweisen, als andere. Ob man von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände eine solche Objektivität erwarten darf, ist eine zweite Frage. Es ist vielmehr anzunehmen, daß sie eine solche Statistik so gruppieren wird, wie es ihren Zwecken am besten entspricht. Und ihr Hauptzweck ist, wie die erwähnte Eingabe an das Kriegsamt beweist, einer weiteren Steigerung der Arbeitslöhne entgegenzuwirken, um die spätere Lohnreduktion zu erleichtern.

Für die Gewerkschaften ergibt sich aus diesen Vorgängen der Vorteil, daß bereits jetzt Klarheit über den Weg geschaffen wird, die zum mindesten ein erheblicher Teil der deutschen Arbeitgeberverbände künftig wieder zu gehen beabsichtigt. Nicht alle Unternehmergruppen nehmen den gleichen ablehnenden Standpunkt gegen eine Verständigung mit der Arbeiterklasse ein, wie die Führer der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, deren Haltung nach wie vor von dem Geiste der Rheinisch-Westfälischen Großindustrie inspiriert ist. Und wir dürfen annehmen, daß ein nicht unerheblicher Teil der Unternehmerverbände jener zentralen Arbeitgebervereinigung die Verständigung dem Kampf

vorziehen werden. Das gilt insbesondere für jene Unternehmerverbände, die schon bisher im Tarifvertragsverhältnis mit den Gewerkschaften stehen. Allein, der verbleibende Teil, der Gegner jeglicher Verständigung mit den Gewerkschaften ist, wird sich als groß genug erweisen, um die für die deutsche Volkswirtschaft nach dem Kriege unheilvollsten Kämpfe zu provozieren.

Denn darüber darf schon heute kein Zweifel gelassen werden, daß die Gewerkschaften garnicht daran denken, sich ohne weiteres von den Unternehmerverbänden diktierte Herabsetzungen der Löhne gefallen zu lassen. Daß sich heute keine Normen für den Stand der Löhne nach dem Kriege aufstellen lassen, ist klar. Die Kriegslöhne einzelner Spezialarbeitergruppen sind ebenso wenig typisch für die Entlohnung der Gesamtarbeiterklasse im Kriege, wie sie maßgebend sein könnten für die Lohnhöhe nach dem Kriege. Aber, und darauf kommt es an, die Löhne für den Lebensunterhalt der Arbeiter werden nach lange nach dem Kriege enorm hoch sein, weil der Warenmangel, und damit die hohen Preise, noch lange andauern wird, und weil andererseits auch der schlechte Wolluststand anormal hohe Preise für alle eingeführten Waren verursachen wird. Auf die Lebensunterhaltungskosten muß aber bei der Festlegung der Löhne in erster Linie Rücksicht genommen werden, und die Arbeiterklasse wird darüber hinaus selbstverständlich danach streben, ihre Lebenslage zu heben und sie nicht herunterdrücken zu lassen.

Ueber die auf dem deutschen Arbeitsmarkt, mögliche Lohnhöhe entscheidet freilich zunächst der Ausgang des Krieges. Die Erkenntnis dieser Tatsache war mit ausschlaggebend für die Haltung der Gewerkschaften im Kriege. Die Gewerkschaften haben jenen „internationalistischen“ Gedankengang entschieden abgelehnt, daß es dem deutschen Arbeiter gleichgültig sein könne, wer im Kriege Sieger bleibt, ob Deutschland oder die zaristische Koalition. Wer das im Verlage der „Internationalen Korrespondenz“ erschienene „Gewerkschaftliche Kriegsbuch“ aufschlagen wird, wird dort die Begründung der gewerkschaftlichen Stellungnahme zum Kriegsausgang nachlesen können. Die Gewerkschaften waren sich von vornherein darüber klar, daß eine Niederlage Deutschlands die deutschen Arbeiter um Jahrzehnte zurückwerfen, ihren Lebensstandard herabdrücken und ihre Emanzipationsbestrebungen erschweren oder gar auf lange Zeit zurückwerfen würde. Das zu verhindern, wurde zu einer der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften im Kriege.

Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Gewerkschaften nach zukiünftlichem Ausgang des Krieges, den sie mit Erstickt und erklärt haben, die Früchte nicht dem Unternehmer zu lassen, sondern zu überlassen gedenken. Sind die maßgebenden Unternehmerorganisationen nicht zu einer Verständigung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen nach dem Kriege bereit, so ist der Kampf unausbleiblich. Die führenden Männer in der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände täuschen sich sehr, wenn sie ihre Hoffnung auf die Zersplitterung der Arbeiter setzen. Die Sozialdemokratie ist gespalten, das ist richtig. Und die abgeplitterten Disziplinardruck versuchen auch, die Zersplitterung in die Gewerkschaften zu treiben. Aber hier werden ihnen die Erfolge ausbleiben. Ist die Zahl der Parteimitglieder, die auf dem Boden der „Unabhängigen“ stehen, gering, so ist die Zahl ihrer Anhänger in den Gewerkschaften geradezu verblüffend. Die Gewerkschaften werden mit den Quertreibern, die zu politischen Zwecken die Einheit der Gewerkschaftsorganisationen zu zerstören suchen, kurzen Prozeß machen. Sie sind dazu unumkehrbar verpflichtet, als die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände die Arbeiter rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht hat, was in Aussicht steht, wenn die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation nicht zusammengehalten und kampffähig erhalten bleibt: Lohnreduktionen, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wären nach der Haltung dieser maßgebenden Unternehmerorganisation die unausbleibliche Folge. Aber weil das in Aussicht steht, werden die Gewerkschaften in ihrer großen Masse selbst sich die Zersplitterung dem Verstecken. Auf die Zersplitterung der Gewerkschaften dürfen die Führer im Unternehmerlager nicht rechnen, diese ihre Hoffnung ist eine Illusion.

Die Behauptungen in der Unternehmerpresse, daß die „höheren Löhne“ nicht aufrechterhalten werden können sobald mit dem Friedensschluß die Kriegsaufträge ausbleiben, sind irreführend. Denn meistens sind die „höheren Löhne“ nicht typisch für die Entlohnung der Gesamtarbeiterklasse — und über die Löhne der Spezialarbeiter wird eine Verständigung möglich sein, wenn die Unternehmer eine solche wollen. Diese Löhne waren immer höher als die für Branchen mit geringeren Anforderungen an die Qualifikation der Arbeiter, und es wird keine unüberwindliche Schwierigkeit bieten, einen vernünftigen Maßstab für die Regelung dies-

Die Rheider Burg.

Erzählung von Levin Schüding.

4. Fortsetzung.

Sibylle sah mit großen Augen den Menschen an, der wie ein verkörpertes dunkles Rätsel vor ihr dastand. So war es lag, seine Reihen als aberwitzige Bosheit zu betrachten, so nahe sie doch weit entfernt davon, sie so aufzufassen. Dafür stand Spielberends Ruf als der eines Vorgesetzten im ganzen Lande viel zu fest. Spielberend ist eine populäre Gestalt, deren Gedanken noch heute beim bergischen Volke leben. Er ist der große Prophet der bergischen Lande, von dem noch heute die Großmütter ihren Enkeln erzählen. Freilich war er nebenbei ein Spielmann, ein Dorfmusikant, ein Schürrent. Man wußte, er erzählte mehr, als er veranwortete konnte, und er deutete häufig den Glauben an seine Geschichten aus. Aber auf der andern Seite stand es felsenfest, daß er in einem hohen Grade von Ausbildung die Gaben des zweiten Gesichts habe. Er sah Todesfälle vorher, und handert Beispiele zählte man auf, wo sich buchstäblich erfüllt hatte, was Berend vorhergesagt. Und so kam es, daß sein übriges Wesen, sein Bagabundentum, seine Lügen ihn dem Volke nur desto merkwürdiger und anziehender machten.

Sibylle fuhr mit der Hand über das Gesicht, als ob sie den unheimlichen Eindruck verweisen wollte, den all diese Gerüchte auf sie gemacht hatte. Dann sagte sie: „Nun hört auf mit Euerm tollen Geschichten, die mich graven machen, hier in dem einlawen Busch. Was wollt Ihr eigentlich von mir?“

„Ich wollt Euch um etwas gebeten haben. Ich habe einen Gefellen für Euch, einen derben Burtschen, der Arbeit auf Euerm Hammer nehmen will.“

„Und wer ist das?“

„Ein armer Teufel, den die Franzosen zum Soldaten gepreßt haben und der ihnen durchgegangen ist!“

„Ein Deserteur?“

„Spielberend nicht.“

„Den können wir nicht brauchen!“

„Wenn er in Euerm Hammer mit der langen Stange neben dem Frischfeuer steht, naht bis auf den Gürtel und schwarz wie der König aus dem Mohrenlande — dann kennt ihn keiner mehr, und Ihr braucht, kommt Frage nach ihm, nur zu sagen, das ist der Faver Meyer oder der Franz Müller, der schon seit Monaten im Hammer arbeitet!“

„Nein,“ sagte Sibylle streng und entschieden, „daraus wird nichts.“

„Aber wenn sie ihn jagen, schießen sie ihn tot; und ich glaube, es wäre Euch ein Vergnügen, wie jedem andern guten Patrioten, ihnen einen Streich zu spielen.“

„opf hoch. Die dienen nicht zusammen mit einem hergelauenen Menschen. Und wenn das nicht wäre, wie kann ich soviel aufs Spiel setzen, um eines fremden Deserteurs willen? Die Gesetze sind furchtbar streng dawider. Schlagt es Euch aus dem Kopfe. Wo ist er?“

„Wollt Ihr mit ihm reden? Er ist in der Nähe. — Johannes!“ rief Spielberend zurückgewandt.

Sibylle folgte mit den Blicken der Richtung, nach welcher hin Berend bei diesem Rufe das Gesicht gewendet hatte, und sie sah, wie sich etwa dreißig Schritte weit von ihr, hinter der Hecke, die sich in das Gebüsch verließ, ein Kopf, der mit einer blauen rot-umsäumten Miltärmütze bedeckt war, erhob, und wie dann eine Gestalt über diese Hecke kletterte, die rasch auf sie zugeschritten kam.

Sibylle faßte nach dem Halsband ihrer Dogge, um das aufspringende und laut anknurrende Tier zurückzuhalten. Der Fremde war unterdes herangetreten und legte die Hand an seine Mütze.

Der Mann hatte ein auffallendes Aeußere. Er war mittlerer Größe, hatte eine breite, Kraft und Gewandtheit ankündende Gestalt, und einen ungewöhnlich kleinen schmalen Kopf auf den mächtig ausgebildeten Schultern. Das graue Auge zeigte eine eigentümliche reicherartige Schärfe. Die Mütze mit dem roten Bande war das einzige Militärische an seiner Kleidung. Diese bestand aus einer schwarzen Manchesterjacke, langen Tuchhosen, deren von derselben Farbe und einer dunkelgrünen Weste von Serge oder einem ähnlichen Wollstoff. Um den niedergeschlagenen Hemdtrager trug er ein schwarzes Seidentuch — die ganze Erscheinung war etwa die eines ehrjamen Handwerkers im Sonntagsstaat.

„Ihr seid den Franzosen fortgelaufen?“ fragte Sibylle, zu dem Fremden aufschauend, der mit einer für einen Ungläublichen und Hülsejagenden auffallenden Dreistigkeit seine schmalen Augen auf das junge Mädchen heftete.

„Das bin ich,“ sagte er.

„Und weshalb?“

„Es war gerade Zeit für mich!“

„Zeit für Euch? Das soll heißen, Ihr habt Euch mit etwas vergangen und naht vor der Strafe Reichaus.“

„Wenn Ihr mir helfen wollt, wie der Spielmann dort meint, daß Ihr tun würdet, will ich Euch die Geschichte schon erzählen.“ antwortete der Deserteur. „Sonst könnt Ihr's aber nicht verlangen.“

„Ob ich Euch helfen will? Nun, vielleicht will ich Euch einen guten Rat geben, wenn Ihr es verdient. Um das zu wissen, muß ich aber Eure Geschichte kennen. Wie heißt Ihr?“

„Johannes.“

bin, das tut auch nichts zur Sache. Genug, daß Ihr wißt, ich habe da allerlei kleinen Verdruß gehabt, wo ich dahim bin. Es ist da so eine kleiner Hürl, einer von denen, die Anno 1802 ins Land gekommen sind und sich darin gezeit haben. Der Fürst oder Herzog, oder wie er sich schreiben mag, hatte einen nichtsruhigen Neffen bei sich, der stellte den Weisheiten nach und so auch einer, die mich näher anzog. Es war nicht jult meine Schwester, und auch nicht jult mein Schatz, aber daß er ihr nachstellte, war mir nun einmal nicht recht, und als wir in einer schönen Nacht zufällig zusammenkamen — es war an einer Jahre, wo man über ein Wasser fest — da gerieten wir aneinander und ich nahm ihn beim Kragen und warf ihn hinein. Nun, was hängen soll, das verläuft nicht, und es lief für ihn mit einem kalten Bade ab. Mir aber wurde die Gegend zuwider seitdem und da ich gute Freunde jenseits der Grenze im Holländischen hatte, so ging ich zu denen und ließ mich da anwerben unter die Mannschaften, die nach Batavia gehen. Ich bekam ein schönes Handgeld und in Oeuanerden, wo ich eingekleidet wurde, waren die Herren Offiziere so zufrieden mit mir, daß sie mich zum Korporal machten, schon nach ein paar Monaten. Ich mußte drillen helfen, und da ich Geschick dazu hatte, hielten sie mich da, im Depot, um die neuen Angeworbenen, die von Zeit zu Zeit ankamen, einzulüben. Endlich sollte die Reise angehen. Der Schiff lag bereit in der Tegel — da kam auf einmal Konteradmiral. Der Kaiser Napoleon ging, den Preußen zu vernichten, und wir Holländer mußten mit, bis hier ins Bergische hinein. Wir kamen nach Düsseldorf in Garnison; anfangs hießen wir noch Patzvier und dann wurden wir umgetauft in „Großherzoglich bergische Grenadiere“. Nun, mir kommt's recht sein, obwohl ich nicht so gewettet hatte. Für Batavia hatte ich kapituliert aber nicht fürs Bergische. Da sie mich aber zum Sergeanten machten und auch ein gutes Leben ist bei den Franzosen, so ließ ich mir's gefallen.“

„Ihr waret bereits Sergeant und ließt dennoch fort?“ unterbrach ihn Sibylle.

„Als Sergeant —“ fuhr der Fremde in demselben gelassenen, beinahe inaktiven Tone fort. „Und das kam so. Neulich habe ich die Wache am Venrather Tor. Da krieg ich ganz behaglich auf der Brüstung und spiele Karten mit einem guten Kameraden. Da ruht die Wache vom Gewehr: Aug armes! und als wir nun herauslaufen, kommt mir mein Monsieur Murat, der Herr Großherzog dahergehriten, von Schloß Venrath herein, den hohen weißen Federbusch auf dem Kopfe, Gold auf allen Nähten und rote Sammetstreifen an den durchsichtigen Beinen. Nun, den Herrn hat untermies schon öfter zu sehen bekommen, wir nehmen also ruhig die Gewehre auf, ich kommandiere: Präsentiert, und stelle mich in die Reihe — aber ich meine, ich sehe den leidhaften Satan aus der Erde aufsteigen, als ich unter den Herren, die mit dem Großherzog sind, meinen alten Freund von daumal erblicke, stolz und hoch zu Kob, in einer Gudenuniform mit den Ober-erwählten ...“

(Fortsetzung folgt.)

ler Frage zu finden, der auch die Arbeiter befriedigen kann. So-
dann aber wird die Nachfrage nach Waren aller Art nach dem
Kriege so groß sein, daß die Industrie auf Jahre hinaus mit Auf-
trägen zu hohen Preisen versehen sein wird — ein gutes Ende
des Krieges vorausgesetzt. Der schlechte Marktstand wird dem
Export zunächst förderlich sein, jedoch auch die Exportindustrie auf
lohnenden Absatz rechnen kann, sobald es ihr gelingt, Rohstoffe
heranzuführen. Für sie wird auch von Vorteil sein, daß die
Löhne nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland ge-
stiegen sind, jedoch ihre Konkurrenzfähigkeit durch das Lohnkonto
nicht beeinträchtigt wird.

Es ist aus allen diesen Gründen durchaus unbedeutend, wenn
die Führer der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände bereits
darangehen, Maßnahmen zur Herabsetzung der Arbeitslöhne zu
ergreifen. Solange der Ausgang des Krieges nicht endgültig
feststeht, ist dieses Vorgehen auch von Nachteil für die
deutschen Interessen. Denn es muß in den Reihen der
Arbeiter mangelnde Erbitterung werden, wenn sie sehen, daß herpor-
ragende Arbeitgeberorganisationen und ihre Führer keine größe-
ren Sorgen haben, als die, wie sie nach Schluß des Krieges die
Entlassung der Arbeiter herbeiführen können. Dagegen Grant
zu machen ist die Pflicht aller, die nicht in einer einseitigen Be-
vorzugung der Unternehmerinteressen das Heil Deutschlands er-
blicken. Vor allem aber müssen die Arbeiter selbst auf der Hut
sein und durch Stärkung der Gewerkschaften sich für alle Eventua-
litäten rüsten.

Krisen um jeden Preis!

Der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes Heinrich
Kloß gibt in der „Deutschen Zeitung“ das Aktionsprogramm
der Alldeutschen für die nächste Zeit bekannt. Er beginnt mit
einem geschichtlichen Rückblick auf die Kriegszeit. Inner-
politisch ist Scheidemann auf der ganzen Linie Sieger ge-
blieben, mit Krupploier Tatkraft schreibt er allen, dem
Reiche, Preußen, den Parteien, das Gesetz des Handelns vor.
Deshalb rufen die Alldeutschen zum Kampf bis aufs Messer,
zum Kampf um jeden Preis an. Ueber die Kräfte, mit
deren Hilfe sie ihre bisherigen Niederlagen wettmachen
wollen, gibt der Alldeutsche Führer folgendes Verzeichnis:
An erster Stelle müsse der Bundesrat, d. h. die Einzelstaaten,
zum Kampfe gegen den Reichstag mobil gemacht werden;
es soll der einzelstaatliche Partikularismus gegen das Reich
ausgespielt werden. Sodann sollen Konservative und Reichs-
partei, weil sie politisch kaum noch etwas zu verlieren hätten,
auf jede Gefahr hin zum Angriff übergehen. Also reinste
politische Desperado-Taktik! Gerrieben auf jede Gefahr hin,
also vor allem auf die Gefahr, das Reich zu lähmen, die
deutsche Verteidigungsstrategie zu untergraben. Klotz um
politisch zu behalten, sind die alldeutschen Verzweif-
lungspolitiker bereit, neue innere Krisen zu entfesseln und
das Land in unendliche Wirren zu stürzen. Endlich sollen
die Fortschrittler und Zentrumsleute, die mit den Alldeut-
schen gehen, versuchen, ihre Parteien zu sprengen, und dann
durch die Nachverhältnisse zu vertrieben. Klotz deutet auch
an, daß die preussische Wahlreform ihm geeignet erscheint,
um an ihr seine Taktik zu erproben. Die Nationalliberalen
im preussischen Landtag sind einer der Hauptfaktoren, auf
die er bei seiner neuen politischen Offensive rechnet.

Man darf dem alldeutschen Führer Dank wissen für die
brutale Offenheit, mit der er seine völkischen und
reichsfeindlichen Pläne entwirft. Denn er warnt dadurch
rechtzeitig die ganze Öffentlichkeit vor der schlimmsten Ge-
fahr, welche gegenwärtig unser Leben bedroht, vor dem all-
deutschen Wüten gegen die innere Einigkeit des deutschen
Volkes.

Eine Reichskonferenz der Holzarbeiter.

Am 6. und 7. November haben sich, einer Einladung des Vor-
standes folgend, 155 Delegierte aus 124 Zwickeln des Deutschen
Holzarbeiterverbandes in Berlin zusammengefunden, um über
wichtige Verbandssachen zu beraten. Die Konferenz beschloß
sich mit der Kündigung der am 15. Februar 1918 ab-
laufenden Tarifverträge. Als im Sommer ds. Js. im
Kriegsamt über eine Tarifunterlage verhandelt wurde, war
von den Arbeitgebern angefragt worden, bei dieser Gelegen-
heit auch gleich die Verlängerung der Tarifverträge mitzuerörtern
und in diesem Zwecke eine langsame Erhöhung der Ver-
tragsgebühren nach Schluß des Krieges vorzunehmen, deren Notwendigkeit
von beiden Parteien anerkannt wurde. Zur Wahrung der Unter-
nehmer wurde diese Angelegenheit aber bis zum Herbst vertagt.
Jetzt ist die Frage der Erneuerung oder der Kündigung der Ver-
träge akut. Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes mußte der
Konferenz berichten, daß die bisher geführten Verhandlungen er-
gebnislos geblieben sind. Die Ausdrucks über diesen Gegen-
stand gipfelte in der Annahme einer Resolution, in welcher die
Reaktion der Klassenmeinung als die dringende Forderung be-
zeichnet wird. Der Verlängerung sei Tarifverträge um ein wei-
teres Jahr ohne nur umgeändert werden, wenn eine weitere
Lenkungsmaßnahme gewährt und die vorzuziehenden Erhöhungen um
den Betrag der Lenkungsmaßnahme erhöht werden. Der Vorstand
wurde beauftragt, bei etwaigen weiteren Verhandlungen an die-
sen Forderungen festzuhalten. Für den Fall, daß sie von den
Arbeitgebern abgelehnt werden, sollten die Verträge am
15. November in allen Städten gekündigt werden.

Ein weiterer Verhandlungsgegenstand war die Neuregelung
der Beiträge- und Unterhaltungsfrage. Die vom
Vorstand hierzu beschlossenen Vor schläge haben eine lebhaft
Diskussion hervorgerufen. Es wurde der Ansehens erweist, als sei
beabsichtigt, die Unfähigkeit der Selbstverwaltung der früheren Verwal-
tungen anzusehen. Zum angeblichen Sätze der Demokratie rich-
tete besonders die Forderung der „Unabhängigen“ unter dem Vorzeichen
der „Unabhängigen“ heftige Angriffe gegen die auto-
nomen Gremien des Verbandes. Dieser Vorwurf, die
Uneinigkeit in einer großen Gewerkschaft zu stiften, ist aber völlig
ins Wasser gefallen. Im Gegenteil, der Verlauf der Konferenz
hat bewiesen, daß der Miteingriff in der Sozialdemokratie
innerhalb des Deutschen Holzarbeiterverbandes keinen Schaden
findet. Demnach kann man sich aus beiden Lagern auf der
Konferenz beruhigen, in der Hinsicht in keiner Weise
berührt worden. Die Gegenstände wurden schließlich und schließlich unter
dem Gesichtspunkt der Förderung der Verbandstätigkeit zum Aus-
trag gelangt.

Die Vor schläge des Verbandes wurden in einigen
Punkten geändert unter Berücksichtigung des Grundgedankens.
Nach den geäußerten Wünschen wurden Einzelbeiträge in Höhe
von 40 Pf. bis 1.00 Pf. wöchentlich eingeführt unter Vor-
behalt der Vorkaufverträge. Jede Zirkel sollte die für
den Ort in Frage kommende Beitragssätze. Die Unterhaltungs-
sätze wurden genehmigt und erhöht, um härteren die Streikunter-
stützung. Den früheren Verwaltungen bleiben 25 Prozent der
Beiträge zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben. Die jetzigen
Verwaltungsgebühren bleiben den Zwickeln, doch dürfen keine
lokale Beiträge zu den Verbandstätigkeiten mehr
erhöht werden. Für die Einleitung der höheren Ver-
träge soll am 1. Januar mit der Einleitung der höheren Unter-
haltungsfrage am 1. Juli 1918 begonnen werden. Diese Ver-
einbarungen werden in der Schlussbesprechung mit aller gegen-
seitigen Zustimmung genehmigt. Der hohe Beweis für die Grund-
sätzlichkeit der neuen geordneten Verwaltung.

Die Beschlüsse der Reichskonferenz in der Beitragsfrage
unterliegen der Abstimmung, welche in der Zeit vom 1.
bis 17. Dezember vorgenommen wird.

Ernährungsfragen.

Keine Erhöhung der Obst- und Gemüsepreise?

Die Reichsstelle für Obst und Gemüse teilt der Presse mit:
„Um keine unbedeutenden Hoffnungen in Händlerkreisen auf-
kommen zu lassen, teilt die Reichsstelle für Gemüse und Obst mit,
es sei keinesfalls damit zu rechnen, daß die durch Bekanntmachung
vom 26. Juni 1917 festgesetzten Höchstpreise für Obst irgendwie er-
höht werden. Es kommen lediglich die festgesetzten Zuschläge in
Frage. Der betreffende Passus jener Verordnung lautet wie
folgt:

Der Erzeuger darf beim Verkauf vom 1. November 1917 ab
einen Zuschlag von 10 v. H., vom 16. Dezember 1917 ab 15 v. H.,
vom 16. Januar 1918 ab 25 v. H., vom 1. März 1918 ab 35 v. H.
und vom 1. April 1918 ab einen Zuschlag von 50 v. H. für Lage-
rung auf die festgesetzten Höchstpreise berechnen.“

Es klingt wie Hohn, wenn zu der Steigerung der schon jetzt
lindhaft hohen Gemüse- und Obstpreise um 10—50 Proz. gesagt
wird, die Gemüse- und Obstpreise sollen nicht auf weitere Preis-
erhöhungen hoffen. Die vorstehend festgesetzten horrenden Preis-
erhöhungen genügen bereits, um fast alles Gemüse- und Obst vom
städtischen Markt fernzuhalten, jedenfalls bis der Zuschlag von 50
Prozent eintritt, aber bis diese Waren nahe daran sind, ungenieß-
bar zu werden.

Zurückhaltung von Kartoffeln.

Gelegentlich des letzten Kreisrates des Landkreises Bielefeld
machte Landrat Dr. Beckhaus bemerkenswerte Mitteilungen
aus einer kürzlich in Berlin abgehaltenen Besprechung der
Leiter von Kommunalverbänden mit Vertretern der Berliner
Zentralkomitee über Ernährungsfragen. Danach hat die Nach-
schätzung des Ergebnisses der Kartoffelernte ein
derartig trübes Bild erbracht, daß mit einer Wiskernte zu
rechnen wäre, wenn diese Nachschätzung richtig wäre. Die Berliner
maßgebenden Stellen glauben dies aber nicht, nehmen vielmehr
ganz bestimmt an, daß weite Kreise der Erzeuger die Kartoffel-
n in riesenhafte Mengen zurückhalten, um sie
entweder zu verzüffeln oder sie im Wege des Scheinhandels
zu Wucherpreisen zu verkaufen. Den Schaden von diesem Ver-
halten der Erzeuger hat, wie der Landrat ausführte, die Land-
wirtschaft in ihrer Allgemeinheit. Es war beabsichtigt, sowie die
Verkäuflichkeit mit Kartoffeln versorgt war, die überflüssigen
Kartoffeln zur Verfütterung freizugeben; das ist jetzt im
Rückblick auf das vorliegende Nachprüfungsergebnis unter-
blieben.

Aus der Partei.

Eine Kommunalwahl von symbolischer Bedeutung. Die
Stadtverordnetenwahl der dritten Abteilung in Köln, die am
Montag unter dem Zeichen des Bürgerfriedens vollzogen wurde,
brachte der Sozialdemokratie einen glänzenden Erfolg. Es waren
nach dem Abkommen auf getrennten Listen fünf Zentrumsleute und
zwei Sozialdemokraten zu wählen. Auf die Zentrumsliste, auf
welcher der Führer des herrschenden Kölner Rathauszentrums, Ju-
lizant Menning stand, entfielen rund 3500 Stimmen, während die
Genossen Haas und Solmann über 5200 Stimmen erhielten. Zur
Wählung dieses Ergebnisses muß man sich vor Augen halten,
daß die Listen des Kölner Dreiklassenwahlrechts bisher der un-
berechtigten Sozialdemokratie noch nicht die Hälfte der abgegebenen
Stimmen verweigert; bei den Wahlen im Jahre 1913 erhielten
die Zentrumsliste annähernd 23 000, wir 11 000 Stimmen. Ge-
wis hat das Zentrum diesmal keine lebhaftere Agitation entfaltet,
aber auch wir hatten uns mit allgemeinen Aufforderungen zur
Wahlbeteiligung begnügt. Zahlreiche Urlauber in Uniform wäl-
ten zu unserer Liste. Neben der überwiegenden Zahl der Pri-
vatangehörigen traten auch die städtischen Angestellten fast ge-
schlossen für die Sozialdemokratie ein. Eine große Verklamung
„Unabhängigen“ hatte Wahlenthaltung proklamiert; trotzdem
gingen ihre Anhänger, die in einigen Fabriken immerhin Einfluß
haben, zur Wahl, um für unsere Kandidaten zu stimmen. Man
darf das Ergebnis als einen vortrefflichen Gradmesser der Stim-
mung der Bevölkerung betrachten, ganz besonders am Erwei-
terungsort der „Kölnischen Volkszeitung“, deren örtlicher Ab-
er, der „Kölnische Volkszeitung“, eine Aufforderung an die Zentrumswähler
am Tage vor der Wahl mit den Worten begleitete: „Auf diese
Wahl! bleibt ganz Deutschland.“

Gewerkschaftsbewegung.

Verhandlungen über die Bewilligung von weiteren Zeu-
nungsulagen für das Bauwesen. Am 14. November fanden
im Reichsarbeitsrat Verhandlungen zwischen dem deutschen
Allgemeinbauernbund für das Bauwesen und den Zentralverbänden
der Bauarbeiter über die Bewilligung von weiteren Zeu-
nungsulagen und die Verlängerung des Ende März 1918 ablaufenden
Reichsarbeitsvertrages für das Bauwesen statt. Die Verhand-
lungen, die zu einer vollen Einigung der Parteien noch nicht
geführt haben, sollen Ende November abgeschlossen werden.

Zum Ausbau des Verbandes der Bauarbeiter. Der Bau-
arbeiterverband hat bekanntlich die Einberufung eines außer-
ordentlichen Verbandstages beschlossen. Die im Felde stehenden
Mitglieder können natürlich an den Urwahlen der Vertreter nicht
teilnehmen. Um sie aber gleichwohl wenigstens zu den Sachent-
scheidungen zu Wort kommen zu lassen, teilt der „Grundstein“ schon
jetzt mit, mit welchen Fragen sich der Verbandstag hauptsächlich zu
beschäftigen haben wird und eröffnet darüber eine Aussprache.
Nach keinen Verteilungen ist beabsichtigt, Streit- und Erwerbs-
losenunterstützung am durchschnittlich mindestens ein Drittel zu
erhöhen und die Arbeitslosenunterstützung auf 12 Wochen auszu-
dehnen. Die Arbeitslosenunterstützung am Ort und auf der Reise
soll gleich gestellt und ohne Abzug des Verbandbeitrages aus-
gegahlt werden. Demgegenüber wird die Beitragspflicht auf 32
Wochen ausgedehnt — beitragsfrei bleiben natürlich die Wochen
der Arbeitslosigkeit — und der Verbandbeitrag wird entsprechend
den gegenwärtigen Lohn- und Gehaltsverhältnissen erhöht werden.
Sobald die Aussprache genügende Klarheit darüber geschaffen hat,
wie die Mitglieder zu diesen Anregungen stehen, wird der Vor-
stand eine endgültige Vorlage ausarbeiten.

Zur Frage der Demobilisation. Julius Deutsch-Wien, der be-
kannte gewerkschaftliche Schriftsteller, macht in der österreichischen
„Arbeiterzeitung“ „Der Kampf“ auf eine Beschränkung der Auf-
stellungen über die Demobilisierung zwischen den deutschen und
österreichischen Gewerkschaften aufmerksam. Gemeinsam treten
beide dafür ein, daß nach Friedensschluß kein Arbeiter länger
beim Heere zurückgehalten werden darf, als militärisch unbedingt
erforderlich ist; im übrigen aber fordern die österreichischen Ge-
werkschaften gänzliche Entlassung nach Altersklassen und nur
ausnahmsweise Verwendung einiger besonders wichtiger Arbeiter-
gruppen, während die deutschen Gewerkschaften von Haus aus
bloss für weitgehende Berücksichtigung einzelner Berufsgruppen
mit bestimmter Arbeitergruppen eintraten. Der Gedanke, der sie
dabei leitet, ist das Interesse am möglichst raschen Wiederaufbau
des Wirtschaftslebens. — Deutsch legt in seinem Aufsatz eingehend
dar, wie sich die Sozialdemokratie die Forderung für die Arbeiter
bei der Entlassung stellt. Man soll sie nicht etwa in
der Kaserne halten, bis sie eine neue Erziehung gefunden haben,
sondern ihnen durch finanzielle Forderungen ermöglichen, sich ihren
eigenen bürgerlichen Aufgaben wieder zuwenden. Diese Forderungen
soll umfassen: Verbilligung der Lebenshaltung, Arbeitslosen-
unterstützung, Wiederaufbau der Wohnung bis Waisenkassen, Er-
werbslosenunterstützung und möglichenfalls Kuratorkosten, außer-
ordentlichen Arbeitsnachweis, freie Fahrt nach auswärtigen Ar-

beitsstellen, Schuldenersatz der Kriegerfamilien (Verlängerung
der Zahlungsfristen und Schutz vor raschem Pfandverkauf), endlich
Wiederaufbau der Sozialpolitik und Wohnungsfürsorge.

Aus dem Gerichtssaal.

Sechs Jahre Zuchthaus für einen Polizeibeamten. Das
Schwurgericht Ebing verurteilte den Polizeibeamten Ganzen
aus Ebing wegen schweren Sittlichkeitsverbrechens
zu sechs Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Aus Nah und Fern.

Kampf mit Verbrechern. Mit großen Schwierigkeiten und
Gefahren war eine Verhaftung verknüpft, die die Kriminal-
Polizei vornahm. Es handelte sich dabei um die Er-
greifung einer Bande von Berliner Verbrechern, die in Dresden
einen Einbruch verübt und reiche Beute gemacht hatten. In
Dresden wurde bei dem Häftling Anton Bernhardt Schöfer in der
Prager Straße aus dem erbrochenen Geldschrank 5000 Mark bares
Geld und aus den Geldschränken für 30 000 Mark Gold-, Silber-
und Lederveren gekohlen. Die Spur der Täter führte nach Ber-
lin. Es sind drei Mann, ein Köhler Konrad, ein Töpfer Wil-
helm Hasenbusch und ein Schmiedemeister Albert Klejzewski. Ju-
zert wurde Konrad entdeckt. Als die Kammen in seiner Wohnung
erschienen, um ihn festzunehmen, schlüpfte er im letzten Augenblick
in die Speisekammer neben der Küche hinein und schlug die Tür
hinter sich zu. Während dann die Beamten dabei waren, zu
öffnen, kroch er durch die Fenster in das Berliner Zimmer, in der
Öffnung von dort entfliehen zu können. Als ihm die Beamten
zuorkamen, entspann sich im Zimmer ein schwerer Kampf, in dem
auf beiden Seiten mehrere Schüsse fielen, ohne daß jedoch jemand
getroffen wurde. Endlich sah der Verbrecher, ein schon mehrfach
mit Zuchthaus bestrafte Mensch, keine Rettung mehr. Jetzt
sprang er aus dem Fenster des dritten Stocks auf den Hof hinab
und blieb schwerverletzt liegen. Die Beamten brachten ihn in das
Krankenhaus. Dann ermittelten sie auch Hasenbusch, der eben-
falls schon mit Zuchthaus bestraft ist, und Klejzewski. Auch Frau
Konrad wurde verhaftet, ebenso der Hecker der Bande, ein
Händler Willi Fehner. Die ganze Gesellschaft wurde nach Moabit
gebracht. Das Geld wurde in voller Höhe, das andere Diebesgut
zum größten Teil wieder gefunden und beschlagnahmt. In der
Wohnung des Konrad entdeckte man außerdem noch eine
größere Menge goldene Uhren, Gehörzeile, Wäsche, Blumen, Stoffe
und Waffen, deren Eigentümer noch nicht bekannt sind. Der
Verbrecher verfügte über einen guten Weinkeller. Er barg mehrere
hundert Flaschen guter Marken, die aus einem Privatkeller in der
Hermannstraße gestohlen waren.

Von einem 13jährigen Jungen erlösen. Auf dem Gute Müs-
lenthin bei Jarmen ereignete sich am Sonntag eine schwere Blut-
tat. Der 13jährige Sohn des Vorsherrn Pflad machte sich im
Pferdestall zu schaffen und mißhandelte die Pferde. Der 17jährige
Sohn des Kuhfütterers Schulz nahm dies wahr, gab dem jungen
Pflad eine Ohrfeige und ging an seine Arbeit zurück. Pflad
wurde Schulz von dem jungen Pflad überfallen und erhielt von
diesem einen so unglücklichen Messerstich in die Brust, daß Schulz
nach wenigen Minuten der Tod erlitt.

Eine „Selbstentzündung“. Die Alldeutschen versuchen es auch
mit der Kunst. In Plauen ist, wie das „Berl. Tageblatt“
schreibt, zum fünfzigsten Todestag Julius Rosens eine illu-
strierte Postkarte fabriziert worden, auf der man einen
Grabstein sieht, neben dem ein triumphierender Engländer als
Todesengel steht, während eine Germania, die ihre Krone vom
Haupte genommen hat, trauernd abgemant dasitzt. Auf dem
Grabstein stehen Rosens Strophen: „Was half es, daß gestossen,
so viel vom roten Blut?“, die mit den Versen enden: „Wohl
auch, daß ihr erlaget, daß ihr erlaget leid!“ Die Unterschrift
lautet: „Deutscher Helden Grabstein nach einem Scheidemann-
Erzberger-Frieden“. Ueber dem Grab fliegt ein zerpflückter Rabe
krächzend, mit aufgesperrem Schnabel, davon. Offenbar ein all-
deutscher Rabe.

Kleines Feuilleton.

Die farbenblinden Bienen.

Im allgemeinen kann der Mensch höchstens seine eigenen ge-
bühen und sinnlichen Fähigkeiten einigermaßen richtig beurteilen,
die der Tiere, besonders der niedrigeren Tiere, meist nur ahnen.
Trotzdem aber gerade deshalb hat sich die Forschung besonders
genau mit solchen Aufgaben beschäftigt, und darunter wieder vor-
nehmlich mit dem Farbensinn der Insekten. Das Insektenauge ist
von dem menschlichen so verschieden, daß man sich von seiner Be-
tätigung eine unmittelbare Vorstellung nicht machen kann. Im
Hinsicht auf die Farben ist die Frage um so schwieriger, als diese
ja überhaupt keine wirklichen Gebilde sind, sondern erst im Men-
schenhirn entstehen. Doch liegt es nahe, anzunehmen, daß die
vielfarbige Pracht der Blüten, die in ihrer Befruchtung vom Be-
such der Insekten abhängig sind, für deren Auge eigentlich be-
stimmt und daher auch wahrnehmbar sein sollten. Die meisten
Forschungen von v. Krich und Heß bedienen sich der Bienen für
Experimente, die zum Teil auf eine Dressur hinauslaufen. Es
stellte sich heraus, daß ein Bienen zur Farbenunterscheidung
bei den Bienen unbedingt vorhanden sein muß. Sie lassen sich
zu einer Zuckerpeise nur durch Täfelchen von bestimmter Farbe
locken und konnten leicht betrogen werden, wenn diese Wegweiser
an eine falsche Stelle gebracht wurden. Die frühere Annahme
einer gänzlichen Farbenblindheit hält v. Krich für durchaus wider-
legt. Er konnte keine Bienen auf Gelb tadellos dressieren, ebenso
auf Blau oder Grün, dagegen nicht auf Rot, so daß danach der
Farbensinn der Bienen dem eines rot-grünblinden Menschen zu
vergleichen wäre. Leider ergeben die gleichfalls sehr sorgfältigen
auf eigentliche Messungen abzielenden Forschungen von Heß einen
anderen Schluß. Danach würden die Bienen nur zu einer Wahr-
nehmung von Helligkeitsunterschieden befähigt, im übrigen aber
gänzlich farbenblind sein. Sie scheinen dagegen einen Vorzug vor
dem Menschen in der Hinsicht zu besitzen, daß ihr Auge auch für
ultraviolette Strahlen empfänglich ist.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion
dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Die neueste Verordnung

über den Geschäftsverkehr der Bureaus, Kontore und Lagereien er-
regt allgemeines Kopfschütteln. Warum sollen eigentlich nur die
privaten Betriebe sich an den Licht-Einsparungen beteiligen?
Sind denn Einschränkungen nur für das Publikum da? Aus wel-
chem Grunde werden die Behörden ausgenommen? Hierfür kann
kaum ein anderer Grund vorfinden sein, als daß eine Verden-
kung der Geschäftszeit den maßgebenden Herren un bequem ist.
Diese Herrschaften sollten sich doch sagen, daß die Vorschriften für
Handel und Gewerbe viel größere Unbequemlichkeiten, wenn nicht
gar finanzielle Einbußen, bewirken. Es wird endlich einmal Zeit,
den Leuten klar zu machen, daß alle die Folgen des Krieges
tragen müssen, daß es nicht nur Sache des Volkes ist, sich einzu-
schränken. Wir sind überzeugt, daß sich bei wenigem gutem Willen
bei den Behörden dasselbe erreichen läßt, was den Geschäftsleuten
einfach vorgezogen wird. Aber „rütteln wir nicht an den Tra-
ditionen“ ist ein gern gebrauchter Grund für die Stellen in Lübel,
die anderer gute Beispiele geben sollen. Wir sind nur neugierig,
wie lange die militärischen Behörden diese Zopfherlichkeiten noch
gellen lassen, dem „Interesse der öffentlichen Sicherheit“ dient sie
nicht.

Verantwortlich: Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co.
Gänzlich in Lübel.